

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2018–2022

26. Sitzung vom 10. März 2021, 19.00 Uhr

Zurich International School, Eichenweg 2, 8134 Adliswil

Anwesend	Sebastian Huber	Präsident
	Sait Acar	Erwin Lauper
	Harry Baldegger	Wolfgang Liedtke
	Ann-Kathrin Biagioli	Gabriel Mäder
	Angela Broggin	Daniela Morf
	Reto Buchmann	Kannathasan Muthuthamby
	Vera Buchmann	Marianne Oswald
	Hanspeter Clesle	Patrick Sager
	Bernie Corrodi	Simon Schanz
	Pascal Engel	Daniel Schneider
	Xhelajdin Etemi	Mario Senn
	Daniel Frei	Angelika Sulser
	Hedwig Habersaat	Urs Weyermann
	Silvia Helbling	Katharina Willimann
	Thomas Iseli	Keith Wyss
	Renato Jacomet	Walter Uebersax
	Florian Kälin	Esen Yilmaz
	Urs Künzler	
Abwesend	Heinz Melliger	Martin Rüttimann
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Irina Künzle	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Karin Fein	Finanzen
	Renato Günthardt	Soziales

Felix Keller	Bau und Planung
Susy Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe
Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte

Abwesend	-/-
----------	-----

Stadtschreiber	Thomas Winkelmann
----------------	-------------------

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Fragestunde

3. Einbürgerungsgesuche

4. Ersatzwahl

Ersatzwahl eines Mitglieds in die Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018 - 2022

5. Kilchbergstrasse 9, Sanierung und Umnutzung in ein Musikschulhaus, Realisierungskredit (GGR-Nr. 2020-221)

Antrag des Stadtrats vom 17. November 2020 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 15. Februar 2021

6. Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen, Totalrevision Statuten; Abstimmungsempfehlung (GGR-Nr. 2020-230)

Antrag des Stadtrats vom 16. Dezember 2020 und gleichlautender Antrag der Sachkommission vom 17. Februar 2021

7. Zweckverband ARA Sihltal; Totalrevision Statuten; Abstimmungsempfehlung (GGR-Nr. 2021-245)

Antrag des Stadtrats vom 26. Januar 2021 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 15. Februar 2021

8. Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Zopf-Quartier) (GGR-Nr. 2020-222)

Motion von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) vom 27. November 2020

9. Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Sonnenberg-Quartier) (GGR-Nr. 2020-223)

Motion von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) vom 27. November 2020

10. Adliswil Zentrum aufwerten (GGR-Nr. 2020-210)

Postulat von Martin Rüttimann (CVP) Anke Würli (CVP), Walter Uebersax (CVP), Simon Schanz (CVP) sowie Mitunterzeichnenden vom 23. September 2020

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Sebastian Huber

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 26. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2018–2022.

Die Umstände rund um Corona haben uns dazu bewogen, unsere Sitzung vorläufig hier in der Zurich International School (ZIS) abzuhalten. Wir danken den Verantwortlichen der ZIS Adliswil an dieser Stelle ganz herzlich für das Gastrecht und freuen uns, hier sein zu dürfen. Einen organisatorischen Hinweis, bevor ich das Wort unserer Gastgeberin gebe: Die Haupttüre schliesst von aussen um 20.45 Uhr. Raus kommen Sie jederzeit, ab 20.45 Uhr aber nicht mehr hinein ins Gebäude.

Gerne gebe ich das Wort an die Gastgeberin und Direktorin Frau Lisa Lyle.

Lisa Lyle Direktorin der Zurich International School, Adliswil

Als Direktorin der ZIS und als Adliswilerin freue ich mich, Sie zu dieser gemeinsamen Ratssitzung auf unserem Campus begrüessen zu dürfen. Seien Sie herzlich willkommen. Wie Sie wissen, gibt es seit vielen Jahren eine Partnerschaft zwischen dem Sportamt der Gemeinde Adliswil und unserer Schule. Es freut uns sehr, dass die Adliswiler Sportvereine die Sportanlage unserer Schule nutzen und wir sind dankbar, dass unsere Schüler und Schülerinnen die Tüfi und andere Sportanlagen nutzen können. Aber wir streben eine noch engere Zusammenarbeit an. Adliswil ist eine dynamische, gutgeführte und einladende Gemeinde und wir sind stolz, unsere Schule hier vergrössern zu können. Es freut mich auch, dass Rolf Streuli, unser Verwaltungsdirektor, hier bei mir ist. Er ist Schweizer und kann Ihre Fragen vielleicht besser beantworten. Aber nun genug der Worte, lassen Sie mich nur noch einmal betonen, wie sehr wir erfreut sind, Sie heute bei uns zu Gast zu haben. *(Beifall)*

Ratspräsident Sebastian Huber

Im Namen von uns allen darf ich Ihnen Frau Lyle, Frau Maira Hofmann und dem Hauswart William Adjei, ein kleines Dankeschön überreichen.

Die Sitzung ist eröffnet.

Wünschen Sie das Wort zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats zwei Entschuldigungen vor. Es sind somit 34 Ratsmitglieder anwesend.

Neue Ratsmitglieder

Ganz herzlich begrüsse ich heute zwei neue Ratsmitglieder, welche seit dem 1. Januar 2021 im Amt sind. Es sind dies für die SVP Hedwig Habersaat und für die CVP Florian Kälin.

Einige von Ihnen dürften sich noch an Hedwig Habersaat erinnern. Sie war von 2016 bis 2018 bereits einmal Mitglied im Grossen Gemeinderat. Sie erzielte anlässlich der Gemeinderatswahlen vom 15. April 2018 insgesamt 1278 Kandidatenstimmen und folgt nun für den ausgetretenen Martin Koller in den Rat.

Florian Kälin erzielte anlässlich der Gemeinderatswahlen vom 15. April 2018 insgesamt 302 Kandidatenstimmen. Florian Kälin rückt gemäss Wahlliste der Christlich Demokratischen Volkspartei (CVP) für die Ende 2020 zurückgetretene Anke Würli nach.

Im Namen des Grossen Gemeinderats heisse ich Euch herzlich willkommen und wünsche Euch viel Freude an der Adliswiler Politik, besonders in unserem Parlament.

Zuweisung von Vorlagen

An die Sachkommission:

- Vorlage GGR-Nr. 2020-231; Gesellschaft; Gemeinwesenarbeit Adliswil; Konzept und Antrag auf personelle Ressourcen von 90%

An die Rechnungsprüfungskommission:

- Vorlage GGR-Nr. 2020-229; Wilacker, Turnhalle und Kindergarten; Projektierungskredit und Vergabe Generalplaner
- Vorlage GGR-Nr. 2020-232; Zopf, Sanierung und Erweiterung Kindergarten Hündli, Realisierungskredit

Stimmenzähler

Das Büro hat an seiner Sitzung Gabriel Mäder zum Stimmenzähler, als Nachfolger für die Ende 2020 zurückgetretene Anke Würli, gewählt. Ich teile die Sektoren wie folgt zu:

Gabriel Mäder: FW-Fraktion, SVP-Fraktion inklusive mich

Sait Acar: FDP-EVP-Fraktion, CVP/GLP-Fraktion inklusive 1. Vizepräsident Simon Schanz (CVP)

Urs Weyermann: SP-Fraktion, Grüne-Fraktion

Besten Dank unseren Stimmenzählern für Ihren Einsatz.

Mitteilungen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Farid Zeroual zum Thema "Digitalisierungsgrad der Website der Zürcher Gemeinden"

Digitalisierung im Kanton Zürich und in Adliswil. Adliswil ist vorne mit dabei – das bestätigt eine Studie der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW). Alle 162 Gemeindeforen im Kanton Zürich wurden unter die Lupe genommen und auf ihren Digitalisierungsgrad hin geprüft. Adliswil hat gepunktet, und wie. In der Gesamtwertung belegt die Website der Stadt Adliswil den dritten Rang, in unserer Kategorie der Gemeinden mit 10'000 bis 20'000 Einwohnerinnen und Einwohner sogar den ersten Rang. Besonders die Breite an Online-Diensten sowie die Benutzerfreundlichkeit haben zu diesem Ergebnis geführt. Ich freue mich darüber,

denn dies ist auch eine Anerkennung für die Bemühungen der letzten Jahre. Seit 2015 wurden die Online-Dienste stetig ausgebaut, vieles lässt sich mittlerweile komplett elektronisch abwickeln. Mit dem Re-Design im Jahr 2019, welches den Mobile First Ansatz umsetzt, konnte die Benutzerfreundlichkeit und Orientierung für die Nutzenden deutlich verbessert werden. Gleichzeitig setzen wir heute stark auf regelmässige Neuigkeiten und aktuelle Informationen für die Einwohnerinnen und Einwohner. Zusammenfassend kann ich festhalten, dass unsere Website mit all ihren Services in den vergangenen Jahren kontinuierlich und gleichzeitig pragmatisch weiterentwickelt wurde – ohne kostspielige Experimente, stets mit starkem Fokus auf den Mehrwert für die Nutzerin und den Nutzer. Die Studie der ZHAW zeigt, dass die vorhandenen Mittel nutzbringend eingesetzt wurden. Wir setzen den Digitalisierungsgedanken aber auch innerhalb der Verwaltung um – beispielsweise mit der Digitalisierung unserer Leitablage und der Umstellung auf die elektronische Archivierung in allen Abteilungen. Oder mit dem städtischen Intranet: Seit einem Jahr steht für die interne Kommunikation in der Verwaltung eine Intranet Plattform im Einsatz. Dies erleichtert die rasche Informationsverbreitung, den Wissenszugang sowie den Austausch und die Zusammenarbeit unter den Mitarbeitenden – sowohl für diejenigen an den Büroarbeitsplätzen als auch für Mitarbeitende, die mehrheitlich in der Gemeinde unterwegs sind – nämlich dank einer Mobile App. Gerade die Corona-Pandemie hat uns aufgezeigt, dass die Stadt Adliswil digital fit ist, um Dienste auf Distanz anzubieten und den Zugang und die Zusammenarbeit für Mitarbeitende auch aus dem Home-Office zu ermöglichen. Damit nehmen wir in der aktuellen Phase der digitalen Transformation eine gute Position für die Zukunft ein: denn der Wandel geht weiter und wir gestalten ihn mit.

Susy Senn zum Thema "Anstellung eines neuen Polizeichefs für Adliswil-Langnau"

Genau gestern vor drei Monaten habe ich euch mitgeteilt, dass Harry Minich uns verlassen wird. Heute darf ich euch mitteilen, dass wir einen neuen Polizeichef für die Polizei Adliswil-Langnau gefunden und eingestellt haben.

Der 44-jährige Jérôme Koch tritt am 1. Juni 2021 seine Stelle als Leiter der Polizei Adliswil-Langnau an. Er folgt damit auf Harald Minich, der die Stadt Adliswil im Februar 2021 nach über 10 Jahren engagierter Tätigkeit verlassen hat. Mit Jérôme Koch wurde ein Kenner der kantonalen und kommunalen Polizeiaufgaben gefunden. Momentan ist er als Gruppenchef bei der Kantonspolizei tätig. Adliswil, Langnau und den Bezirk Horgen kennt er aus seiner Zeit als Stationierter Polizist auf dem Polizeiposten der Kantonspolizei in Adliswil bestens.

Auf Jérôme Koch warten spannende und herausfordernde Aufgaben: Neben der Führung des 14-köpfigen Teams sowie der Verantwortung für die kommunalen Polizeileistungen in Adliswil und Langnau am Albis starten in diesem Jahr auch die Arbeiten am neuen gemeinsamen Polizeiposten mit der Kantonspolizei (KAPO). Die Stadt Adliswil freut sich, speziell das Ressort Sicherheit, Gesundheit und Sport, mit Jérôme Koch einen motivierten, gut vernetzten und erfahrenen Polizeifachmann gefunden zu haben, der seine Arbeit in den Dienst der Sihltaler Bevölkerung stellen wird.

Mitteilungen aus dem Rat

Fraktionserklärung

Urs Künzler zum Thema "Aufsichtsbeschwerde in Sachen Motion Wirtschaftsstrategie für Adliswil"

In der Septembersitzung 2020 hat der Grosse Gemeinderat die Motion Wirtschaftsstrategie einstimmig mit 34:0 Stimmen dem Stadtrat überwiesen. Dies, obwohl der Stadtrat das Geschäft als Postulat und nicht als Motion entgegennehmen wollte.

Anstatt den demokratischen Entscheid des Gemeinderats zu akzeptieren und sich an die Umsetzung der in der jetzigen Zeit extrem wichtigen Wirtschaftsstrategie zu machen, erachtete der Stadtpräsident es offenbar als nötig, beim Bezirksrat eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Überweisung der Motion einzureichen. Wie aus den Unterlagen der Stadtratssitzung zu entnehmen ist, wurden die Kollegen des Stadtrats lediglich orientiert über dieses Vorgehen und es wurde zu diesem Vorgehen keinen Beschluss gefasst. Dennoch behauptete der Stadtpräsident im Medienbericht der Zürichsee Zeitung (ZSZ) vom 16. Februar, dass die Aufsichtsbeschwerde im Namen des Gesamtstadtrats beim Bezirksrat eingereicht wurde.

Dank Intervention von Seiten des Gemeinderats wurde diese absichtliche Täuschung aufgedeckt und wie wir nun in der Zwischenzeit hier alle wissen, die Aufsichtsbeschwerde vom Bezirksrat an den Stadtrat Adliswil zurückgewiesen, damit dieser seine Position klärt.

Die SVP-Fraktion erachtet dieses Vorgehen seitens des Stadtpräsidenten als absolut inakzeptabel. Es ist befremdlich, wenn der Stadtpräsident mit einer Aufsichtsbeschwerde gegen das eigene Parlament vorgeht, weil ihm offenbar das Demokratieverständnis des Grossen Gemeinderats nicht passt. Dieses Vorgehen schadet der Politik in Adliswil allgemein und fördert das Vertrauen der Bevölkerung überhaupt nicht. Die SVP-Fraktion ist zudem enttäuscht, dass sich der Stadtrat zum Vorgehen des Stadtpräsidenten bis heute öffentlich nicht geäussert hat.

Wir fordern den Stadtpräsidenten und den Stadtrat auf, seine Position zu klären, die Streitigkeit um juristische Formalitäten zu beenden und sich nun endlich an die Umsetzung der Wirtschaftsstrategie zu machen.

Stadtpräsident Farid Zeroual

Gerne nutze ich die Gelegenheit, um als Stadtpräsident zu drei Fragestellungen im Zusammenhang mit der Aufsichtsbeschwerde und der Medienmitteilung des Grossen Gemeinderats einige Antworten beizusteuern.

- Warum geht ein Stadtpräsident gegen einen Beschluss des Parlaments vor?

Gemäss dem im Budget und der Jahresrechnung von Adliswil definierten Grundauftrag des Stadtrats, Produkt A2, ist der Stadtrat die oberste leitende und planende Behörde. Er leitet, lenkt und beaufsichtigt die Politik nach innen und aussen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und vertritt die Gemeinde gegen aussen.

Mir persönlich ist es ein Anliegen, meine Aufgaben richtig und ernsthaft zu erfüllen. Wenn ein Rechtsgutachten zur Auffassung gelangt, dass eine Verletzung der in Verfassung und Gesetz definierten Gewaltenteilung vorliegen könnte, gibt es zwei Mög-

lichkeiten. Sie können die Hände in den Schoss und die ganze Angelegenheit beiseitelegen. Oder Sie gehen dem Sachverhalt auf den Grund und setzen sich für eine Klärung ein. Dieser Weg wurde von mir gewählt und ich erwarte nun als Nächstes die Einschätzung des Bezirksrats. Es ist nicht mangelndes Demokratieverständnis. Es ist genau umgekehrt, nämlich der Anspruch, das Demokratieverständnis zu schärfen und Auslegungen in Gesetz und Verordnungen zu klären. Unsere Demokratie ist seit Jahrzehnten lebendig und passt sich dem gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technologischen Wandel ständig an. Manchmal schneller und manchmal etwas langsamer. Als aktuelles Beispiel verweise ich auf die Beratung der Totalrevision der Adliswiler Gemeindeordnung im Grossen Gemeinderat.

- Weigern sich der Stadtpräsident oder einzelne Mitglieder des Stadtrats Strategien auszuarbeiten?

Ich kann die Mitglieder des Grossen Gemeinderats beruhigen. Das Erarbeiten und Definieren von Strategien gehört mit zu den Kernaufgaben der Exekutive und wird mit Ernsthaftigkeit betrieben. Am 3. November 2020 hat der Stadtrat auf Antrag des Stadtpräsidenten die Informatikstrategie der Stadt Adliswil verabschiedet. Auf dieser Grundlage findet im Moment eine Ausschreibung der Informatik-Dienstleistungen der Stadt Adliswil statt. Am 9. März hat der Stadtrat die Eigentümerstrategie der Luftseilbahn Adliswil-Felsenegg (LAF), auch auf Antrag des Stadtpräsidenten, verabschiedet. Aktuell arbeitet ein Teil der Verwaltung an der Eigentümerstrategie der Sihlsana. Diese Dokumente sind neu und gerne empfehle ich Ihnen, sich die Zeit und Gelegenheit zu nehmen, diese Strategien zu lesen, auch wenn sie in keiner Kommission zur Beratung vorgesehen sind. Und auch die Entwicklung einer Wirtschaftsstrategie erachtet der aktuelle Stadtrat als sinnvoll. Hier bin ich, wie bereits in der Antwort zur Motion ausgeführt, gerne bereit, die schon laufenden Aktivitäten zusammenzufassen und in Abstimmung mit der Regionalen Standortförderung weiter zu entwickeln. Dies hat der Stadtrat in seinem Beschluss vom 7. Juli 2020 bereits unzweifelhaft bestätigt.

- Gibt es für eine Medienmitteilung einen Pflichtverteiler?

Sie sind es sich als Mitglieder des Grossen Gemeinderats gewohnt, Medienmitteilungen des Stadtrats beim Versand direkt auch auf Ihre Mailadresse zu erhalten. Wenn es sich um Gegenstände von öffentlichem Interesse handelt, gilt das Öffentlichkeitsprinzip.

Was ich persönlich als absolut inakzeptabel erachte, ist der Umstand, dass ich völlig überraschend einen Anruf eines Journalisten zu einer Medienmitteilung erhalte, in der ich zwar mit Name und Funktion erwähnt werde, aber deren Inhalt ich nicht kenne. Eine Äusserung zum Inhalt und den gemachten Aussagen war unmöglich und ich musste zuerst den Journalisten darum bitten, mir die Medienmitteilung zuzustellen. Ein äusserst unverständliches Vorgehen, wenn es nur um die Darstellung eines Sachverhaltes von öffentlichem Interesse gegangen wäre. Ich kann Ihnen dahingehend versichern - der Stadtrat wird, getreu seiner Kommunikationsstrategie, seine Medienmitteilungen weiterhin offen und sachlich an Sie alle versenden.

2. Fragestunde

Hanspeter Clesle (EVP) zum Thema "Verschuldungseindämmung"

Infolge des Jahrhundertereignisses Covid-19-Pandemie haben sich die Ausgangslagen in vielen Bereichen entscheidend geändert, insbesondere nach dem zweiten Lock Down. Die wirtschaftlichen Folgen sind erheblich, die Steuererträge der Unternehmen sind massiv eingebrochen, Gewinne sind geschrumpft, es gibt weniger Boni, viele Leute beziehen wegen Kurzarbeit nur einen reduzierten Lohn oder sind zusätzlich arbeitslos. All das belastet den städtischen Haushalt. Dazu kommt, dass wir weniger finanzpolitischen Spielraum haben, weil Immobilien nicht mehr veräussert werden können. Es droht folglich eine Überschuldung.

- Wie beurteilt der Stadtrat die finanzielle Lage der Stadt Adliswil mit Blick auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie (z.B. aufgrund der Rückmeldung der Steuerzahler) und inwiefern verschärft Art. 4 des GO-Antrags diese Situation?
- Könnte eine Streichung oder Änderung von Art. 4 dazu beitragen, die Situation zu verbessern?
- Hätte der Stadtrat es begrüsst, zu diesen Fragen in der vorberatenden Kommission Stellung nehmen zu können?

Stadträtin Karin Fein zur Beantwortung

- Wie beurteilt der Stadtrat die finanzielle Lage der Stadt Adliswil mit Blick auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie (z.B. aufgrund der Rückmeldung der Steuerzahler) und inwiefern verschärft Art. 4 des GO-Antrags diese Situation?

Beim Fiskalertrag sind im Jahr 2020 Mindererträge von 31,6 Mio. Franken zu verzeichnen, was einem Rückgang von rund 30% entspricht. Allerdings ist dieser Rückgang beim Fiskalertrag der Stadt Adliswil nicht auf die Pandemie zurückzuführen, sondern wie wir alle wissen, aufgrund einer Verschiebung von Steuerauscheidungen eines Steuerpflichtigen und einem Einbruch bei den juristischen Steuererträgen, also Steuererträge von juristischen Personen, welche nicht im Zusammenhang stehen mit der Pandemie, sondern mit einer Bewertungsänderung.

Das Gemeindeamt des Kantons Zürich ging im Mai 2020 bei seiner Schätzung von einem Rückgang von 6,5% im Jahr 2020 aus. Dies war nicht so. Wir rechnen aber damit, dass sich dieser Effekt in den Folgejahren 2021/22/23 auswirken wird.

In der Jahresrechnung 2020 weist die Stadt Adliswil eine Nettoschuld von 59,5 Millionen Franken aus (3'134 Franken pro Einwohner/in). Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten belaufen sich per Ende 2020 auf 80 Millionen Franken. Die Verschuldung liegt unter der angestrebten finanzpolitischen Zielsetzung des fünfjährigen Finanzplanes mit einer Schuldenobergrenze von 115 Millionen Franken.

Die nächsten Jahre werden für die Stadt Adliswil, aufgrund der hohen anstehenden Investitionen und den Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Krise, herausfordernd. Im Sommer 2021, wenn die neusten Eckwerte vorliegen werden, wird der Stadtrat die Finanzlage in seiner jährlich rollierenden Finanzplanung neu beurteilen und in die Planung einfliessen lassen. Wir können wie in vergangenen Jahren wiederum feststellen, dass sich die Höhe des Investitionsvolumens, welches im Budget für das Jahr 2020 mit 75 Millionen Franken angesagt wurde, auch wieder nicht vollständig bewahrheitet hat. Wir haben lediglich gut 50

Millionen Franken im Verwaltungsvermögen investieren können. Das hat zur Folge, dass sich die Verschuldung und die ganze Situation nach hinten verschiebt und sich so natürlich entspannend auf die Verschuldung der nächsten Jahre auswirkt.

- Könnte eine Streichung oder Änderung von Art. 4 dazu beitragen, die Situation zu verbessern?

Die finanzielle Situation wird sich vor allem aufgrund exogener Faktoren entwickeln. Die Streichung von Art. 4 könnte den Spielraum bezüglich Verschuldung für die Stadt Adliswil leicht vergrössern. Grundsätzlich ist aber der Haushalt durch Steuern und nicht durch Liegenschaftsverkäufe nachhaltig zu finanzieren.

- Hätte der Stadtrat es begrüsst, zu diesen Fragen in der vorberatenden Kommission Stellung nehmen zu können?

Ja, wir hätten es sehr begrüsst, wenn ein Dialog aufgenommen worden wäre, um zu den Fragen der vorberatenden Kommission Stellung nehmen zu können.

Angelika Sulser (SP) zum Thema "Parkplätze Tiefackerstrasse"

Wenn man von der Kilchbergstrasse in die Tiefackerstrasse abbiegt, hat es neu eine Kurzzeitparkzone von 30 Minuten und keine Parkplätze mit Parkuhren mehr.

- Was sind die Beweggründe für diese Änderung?
- Und wurde diese Änderung bereits kommuniziert?

Stadträtin Susy Senn zur Beantwortung

- Was sind die Beweggründe für diese Änderung?

Fast sämtliche Parkuhren auf dem Stadtgebiet mussten Ende 2019 erneuert werden, da diese so alt waren, dass der interne Kalender ab 2020 nicht mehr weitergeführt werden konnte. Im Rahmen dieser Erneuerung ist überall überprüft worden, ob die Parkuhren einfach durch neuere Modelle ersetzt werden sollen oder ob Anpassungen angebracht sind.

An der Tiefackerstrasse haben sich sechs Parkplätze, die mit einer Parkuhr bewirtschaftet worden sind, befunden. Diese Parkuhr ist sehr selten benutzt worden. Die Nutzer haben, wenn immer möglich, die Parkplätze in der angrenzenden blauen Zone benutzt. Es hat darum keinen Sinn gemacht, eine neue, teure Parkuhr anzuschaffen, die fast nicht "gefüttert" wird. Bei der Änderung des Parkregimes auf diesen sechs Parkplätzen hat man einerseits die Interessen der Anwohnenden, andererseits auch die Interessen des nahe gelegenen Gewerbes berücksichtigt (z.B. Kinderkrippe, Bäckerei, Zirkusschule). Aus diesem Grund sind vier Parkplätze, wie der Rest der Tiefackerstrasse, als blaue Zone markiert worden, mit der Möglichkeit des Dauerparkierens mit einer Anwohnerparkkarte. Zwei Parkplätze sind als Kurzzeitparkplätze für Gewerbebesuche markiert worden. So haben die Anwohnenden vier zusätzliche Parkplätze zur Verfügung, für Gewerbeinteressen verbleiben zwei Parkplätze sowie selbstverständlich die tagsüber weniger ausgelasteten Parkplätze in der blauen Zone.

- Und wurde diese Änderung bereits kommuniziert?

Ja, die amtliche Publikation dieser Signalisations-Änderung an der Tiefackerstrasse erfolgte am 17. April 2020. Über die neuen Parkuhren insgesamt hat der Stadtrat in

einer Medienmitteilung vom 21. November 2019 informiert, jedoch ohne auf die minimale Änderung an der Tiefackerstrasse näher einzugehen.

Daniel Schneider (GP) zum Thema "50er-Zone Zelg-/Leimbachstrasse"

An der Zelg-/Leimbachstrasse Richtung Bushaltestelle Mittel-Leimbach ist auf Adliswiler Boden eine 50er-Zone. Nach der Stadtgrenze wird sie zur 30er-Zone.

- Könnte der Stadtrat sich vorstellen, diese Strecke ebenfalls auf 30 Kilometer pro Stunde zu reduzieren?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

- Könnte der Stadtrat sich vorstellen, diese Strecke ebenfalls auf 30 Kilometer pro Stunde zu reduzieren?

Die Leimbachstrasse und die Zelgstrasse sind Sammelstrassen. Bei der Einführung der Tempo-30-Zonen auf der linken Sihlseite hat damals der Gemeinderat entschieden, dass solche Sammelstrassen nicht in die Tempo-30-Zonen integriert werden sollen. Die Möglichkeit einer Signalisation von Tempo-30-Zonen erfordert eine entsprechende bauliche Ausgestaltung der betroffenen Strassen mit geschwindigkeitsreduzierenden Massnahmen, häufig bauliche Massnahmen. Daneben müssen Fussgängerstreifen entfernt werden und es gilt generell der Rechtsvortritt, was wiederum oft bauliche Massnahmen erfordert.

Neben den 30er-Zonen gibt es 30er-Strecken, welche insbesondere bei Lärmproblematiken zum Tragen kommen. Die Stadt Adliswil ist dabei nicht frei, über solche Tempo-Signalisationen zu entscheiden. Entsprechende Anträge werden jeweils von der Kantonspolizei geprüft. Die Stadt Zürich ist hingegen bei solchen Entscheidungen frei. Ein weiterer Effekt einer Temporeduktion auf 30 ist, dass infolge der baulichen Massnahmen und der Temporeduktion an sich, die Busse langsamer unterwegs sind. Dies hat nicht nur auf den Fahrplan einen Einfluss, sondern auch auf die Kosten der jeweiligen Buslinie. Da auf den genannten Strassen keine erhöhten Problematiken betreffend Unfällen oder Lärm bekannt sind, steht der Stadtrat einer Temporeduktion ablehnend gegenüber.

Xhelajdin Etemi (SP) zum Thema "Schneeräumung"

Diesen Winter durften wir nach vielen Jahren wieder einen sehr schönen, schneeweissen Winter erleben. Es war so schön, alles weiss und voller Schnee, jedoch kam es auch sehr unerwartet, das heisst, die Mitarbeiter der Gemeinden konnten sich kaum darauf vorbereiten. Trotzdem ein grosses Kompliment an alle, die während dieser Zeit sehr einsatzbereit waren. Die Strassen wurden zwar schnell freigeräumt, doch der Schneefall hinterliess grosse Naturschäden, weil der Schnee auf den Bäumen zu schwer wurde und die Bäume entwurzelten oder die Äste brachen. In dieser Situation fiel mir auf, dass die Bäume und abgebrochenen Äste über eine längere Zeit liegen blieben, bis sie wegräumt wurden. Für Fussgänger war dies teilweise sehr gefährlich.

- Wie kann sich unsere Stadt in Zukunft auf solche Situationen besser vorbereiten?

Stadträtin Carmen Marty Fässler zur Beantwortung

- Wie kann sich unsere Stadt auf solche Situationen in Zukunft besser vorbereiten?

Die Werkdienste sind auf starke Schneefälle mit einem Winterdienstkonzept vorbereitet. Doch kein Winter verläuft gleich wie ein anderer. Insgesamt werden von den Werkdiensten rund 96 km Strassen, Trottoir und Wege unterhalten. Der Schneefall in diesem Jahr war stark, über einen längeren Zeitraum hinweg und auch die Kältetage waren gehäuft als im Winter davor. So waren die Ressourcen über einen Zeitraum von rund vier Wochen zu priorisieren und zu disponieren gewesen. Zudem war der Schnee relativ nass und dadurch sehr schwer. Dies führte zu auffällig vielen Astabbrüchen. Die städtischen Bäume werden jedoch kontinuierlich überwacht und gepflegt, was sich als Vorteil erwies.

Erste Priorität ist folgende: Der Werkdienst sieht in erster Linie dort die Freiräumung der Strassen und der Trottoirs vom Schnee vor, wo der ÖV durchfährt und wo die Versorgung der Einkaufsgeschäfte und Betriebe sichergestellt werden muss. Dies beinhaltet auch, dass u.a. die Verkehrswege in der Kernzone in der ersten Priorität geräumt wurden. Erschwerend kam dort hinzu, dass an exponierten Lagen bereits früh auch mit dem Abtransport der Schneemassen begonnen werden musste.

In Priorität zwei folgten die übrigen Strassen und Wege, wobei in den Folgetagen z.T. auch in diesen Bereichen Schneemassen abtransportiert werden mussten. Der Abtransport der Schneemassen wurde mit privaten Unternehmern und Mitarbeitern des AWELs koordiniert. Das Konzept sieht vor, dass in extremen Situationen die Spitzenlasten mit zusätzlichen externen Kräften abgedeckt werden. Auch die spezielle Situation mit den vielen abgebrochenen Ästen band erheblich Ressourcen. Zusätzlich kamen deshalb fünf externe Baumpfleger zum Einsatz, welche die Bäume im Strassen- und Trottoir-Bereich kontrollierten. Einerseits um gefährliche Äste von den Bäumen zu entfernen, andererseits aber auch um die bereits abgebrochenen Äste einzusammeln und auf Asthaufen zwischenzulagern. Bezüglich den abgebrochenen Ästen war Letzteres aus Prioritätsgründen das Vorgehen der Wahl.

Es kamen 23 interne Mitarbeiter aus den Werkdiensten und dem Forstbetrieb zum Einsatz. Es wurden hauptsächlich im Januar 530 Überstunden geleistet. Zudem waren bis zu acht externe Personen im Einsatz. Und auch alle weiteren Personen (wie z.B. von der Feuerwehr und der Polizei) haben viel Engagement gezeigt. Nebenbei: Acht Einwohner haben im Laufe der Schneetage einen Znüni zu den Werkdiensten gebracht als Dank für den speditiven und grossen Einsatz. Auch ich möchte mich diesem Dank anschliessen für den enormen Einsatz während der schneereichen Zeit.

Marianne Oswald (GP) zum Thema "Radikaler Rückschnitt von Hecken im öffentlichen Raum"

In den letzten zwei Wochen wurden auf Stadtgebiet extrem viele Hecken radikal bis auf den Stock zurückgeschnitten. So zum Beispiel entlang den Gleisen von der Sihlau in Richtung Langnau, entlang der Sihltalstrasse in diversen Abschnitten, bei der Bushaltestelle Tiefacker und noch einige mehr. Normalerweise lässt man immer mal wieder Abschnitte stehen als Unterschlupf für Tiere. Das ist nun aber offenbar nicht der Fall. Das radikale auf-Stock-schneiden fördert zwar rasch wachsende Sträucher wie den Hasel, dadurch verschwinden aber langsam wachsende, seltene Gehölze. Die Artenvielfalt geht zurück. Auch einigen Bäume wurden gefällt, bzw. sind den grossen Schneemengen zum Opfer gefallen. All dies führt dazu, dass nun Nistmöglichkeiten und Unterschlüpf für Tiere fehlen und die Vernetzung im Gehölzbereich auf der Nord-Süd-Achse massiv gestört ist.

- Wieso wurde dieses Jahr so radikal zurückgeschnitten?
- Liegen die genannten Bereiche überhaupt im Zuständigkeitsbereich von Adliswil?
- Wird der Rückschnitt jeweils koordiniert mit übergeordneten Stellen, die für gewisse Areale zuständig sind, so dass nicht alles gleichzeitig geschnitten wird?
- Ist ein Ersatz für die gefälltten Bäume geplant?

Antwort von Stadträtin Carmen Marty Fässler

- Wieso wurde so radikal zurückgeschnitten dieses Jahr?

Viele Rückschnitte erfolgten nicht per se auf Stadtgebiet, sondern auf Gebieten der SZU und des Tiefbauamtes; es sind insgesamt riesige Flächen über sehr viele Kilometer Gesamtlänge, welche gepflegt werden müssen (aus Sicherheitsgründen in der Nähe der Bahn bzw. der Strasse). Würden diese jeweils nur teilweise zurückgeschnitten, würde sich der Gesamtaufwand nahezu verdoppeln. Aktuell ist es so organisiert, dass wenn mit den vorhandenen Ressourcen nach rund sechs Jahren alle Flächen bearbeitet wurden, wieder von vorne begonnen werden kann. Nicht wir von der Stadt, sondern die zuständigen Personen.

Die bereits vorgenommenen Rodungen entlang der Zürichstrasse wurden auf kantonalem Grundeigentum von der Baudirektion des Kantons Zürich ausgeführt (Tiefbauamt (TBA) und Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL). Das sind Vorbereitungsarbeiten für das Strassenprojekt Zürichstrasse Nord. In diesem Perimeter gab es keine Rodungen auf städtischem Grundeigentum, ausser bei den Sicherheitsschlägen im städtischen Wald vis-à-vis des Feuerwehrgebäudes und dem Entsorgungspark (hauptsächlich wegen der Personensicherheit).

Die abschnittsweise Verjüngung von Bachgehölzen im Gebiet Stig, Vögeli, Schwarzbach und Langenbach wurde durch den Forstbetrieb Adliswil ausgeführt. Der Forstbetrieb ist bestrebt, dass Naturwiesen und Bachböschungen nicht zu sehr einwachsen. Um dies zu gewährleisten, müssen Intervalle für den Rückschnitt unbedingt beibehalten werden. Dabei erfolgen partiell die Rückschnitte auf den Stock, aber nicht grossflächig.

- Wird der Rückschnitt jeweils koordiniert mit übergeordneten Stellen, die für gewisse Areale zuständig sind, so dass nicht alles gleichzeitig geschnitten wird?

Die Frage nach Zuständigkeit wurde teilweise bereits in der Frage 1 beantwortet. Die Rückschnitte folgen Pflegeintervallen, auch in den Gebieten der SZU und dem TBA. Die Ausführung in diesen Gebieten obliegt ausschliesslich deren Planung. Im Adliswiler Forst werden über das gesamte Gemeindegebiet verteilt, die Eingriffe in Etappen ausgeführt.

- Ist ein Ersatz für die gefälltten Bäume geplant?

Vorab auf den Landwirtschaftsflächen werden zusammengebrochene Obstbäume vom Forstbetrieb Adliswil im Herbst ersetzt. In den übrigen Gebieten sind keine neuen Pflanzungen geplant. Auf den Arealen der SZU und des TBA werden alle Hecken nachwachsen, sogenannte Stockausschläge. Diese werden sehr schnell - ca. 2 m im Jahr - nachwachsen. Auch auf den Arealen der Stadt Adliswil erfolgt der "Ersatz" automatisch durch Stockausschläge und Naturverjüngung. Es wird in keinem der zurückgeschnittenen Areale nötig sein, Bäume zu pflanzen, da diese gleich

von den Stockausschlägen überwachsen würden. Ich habe die Pläne hier und wir können diese sehr gerne anschliessend zusammen anschauen, um Detailfragen klären zu können.

Marianne Oswald (GP)

Wäre es möglich, mit dem TBA, dem AWEL und der SZU dies so zu koordinieren, dass diese Pflegeintervalle nicht alle im gleichen Jahr erfolgen?

Antwort von Stadträtin Carmen Marty Fässler

Es ist nicht so, dass wir nicht kommunizieren und Solches nicht zusammen anschauen würden, zum Teil ist es einfach sehr schwierig zu planen. Das Tiefbauamt hat konkrete, anstehende Strassen-Projekte und von der SZU mussten teilweise Sicherheitsschläge gemacht werden, die waren auch dringend, da ist die Koordination nicht ganz einfach. Selbstverständlich probieren wir aber immer, unsere Eingriffe mit den verschiedenen zuständigen Stellen abzusprechen.

Daniel Schneider (GP) zum Thema "Corona-Teststrategie"

Zwar ist meine Frage quasi letzten Freitag auf Bundesebene erhört worden, ich stelle sie nun aber trotzdem. Der Bundesrat stellt ab dem 15. März gratis Covid-Tests zur Verfügung. Den Verteilschlüssel überlässt er aber den Kantonen, was vermuten lässt, dass es viel Geduld brauchen wird. Deshalb meine leicht modifizierte Frage:

Könnte sich der Stadtrat vorstellen, eine eigene Test-Infrastruktur zu entwickeln? Zum Beispiel einen Test pro Woche für jeden Bürger, Test an Schulen, in der Verwaltung und Ähnliches?

Das könnte dazu beitragen, speziell symptomfreie, positive Menschen aus der Übertragungskette herauszutrennen. Damit könnte auch wieder ein Vereinsleben stattfinden. Kurzfristiges Testen für alle und man hat für die nächsten Stunden bei einem Treffen eine gewisse Sicherheit. Natürlich nach den AHA-Regeln.

Stadträtin Susy Senn zur Beantwortung

Ja, Du hast absolut recht, um aus der Pandemie herauszukommen, braucht es zwei Sachen: einerseits "testen – testen – testen" und andererseits "impfen – impfen – impfen". Leider hinkt bei letzterem die Schweiz, resp. das verantwortliche BAG immer noch hintennach. In diesem Sinne machst Du gute Vorschläge.

Folgendes gibt es dabei aber zu beachten: Die Bewältigung von Pandemien liegt klar in der Zuständigkeit des Bundes. Die Kantone und Gemeinden sind dabei im Rahmen der Strategie zur Umsetzung der Massnahmen zuständig. Diese Regelung besteht nicht ohne Grund: Pandemien sind internationale oder sogar weltweite Ereignisse, die zur Bewältigung eine grossflächige Strategie erfordern. Aufgrund der Mobilität der Bevölkerung ist es unserer Meinung nach nicht zielführend, wenn kommunale Massnahmen, wie Massentests in einzelnen Gemeinden, durchgeführt werden. Entsprechende Projekte werden deshalb immer vom Kanton angeordnet und auch gesteuert. Wir sind darum in engem und ständigem Kontakt mit der kantonalen Gesundheitsdirektion. Heute schon gibt es in und um Adliswil genügend Möglichkeiten für Tests. Testen lassen kann man sich beim Hausarzt, im Seespital Horgen, oder z.B. in der Apotheke beim Morgental in Zürich Wollishofen - im Übrigen bequem

in wenigen Minuten per Bus oder Velo erreichbar – und ab dem 15. März 2021 – wie Du gesagt hast - gratis auch für symptomfreie Personen.

Du meinst aber wahrscheinlich eher die Selbst- oder Schnelltests, diese kann man übrigens auch in der Apotheke machen, wo man nach 15 Minuten das Resultat hat. Der Stadtrat ist überzeugt von der Wirksamkeit oder der Sinnhaftigkeit von Massentests. Strategien von einzelnen Gemeinden sind aber nicht zielführend und verbrauchen unnötig Ressourcen. Wir würden eine entsprechende Anordnung für Massentests jederzeit organisieren und umsetzen, sei es in Schulen oder anderswo. Ausserdem ist der Stadtrat der Ansicht, dass neben der eingeschlagenen Teststrategie von Bund und Kantonen gerade für die von dir genannte Zwecke, beispielsweise der Entscheid über eine Teilnahme an einem Vereinsanlass, möglichst zeitnah die Selbsttests in der Schweiz zugelassen werden müssen. (Nützlich z.B. auch vorgängig der Sitzung des Grossen Gemeinderats.) Natürlich können solche Selbsttests, jene von offiziellen Stellen durchgeführten Tests nicht ersetzen, aber sie würden sie sinnvoll ergänzen und einen Schritt zurück zur Eigenverantwortung sein.

Zusammen mit dem Seespital und den Verantwortlichen aus den Bezirksgemeinden bereiten wir uns jetzt v.a. auf das Impfen vor. Der Bezirk Horgen ist bereit. Wir brauchen nur noch genügend Impfstoffe.

Noch eine Ergänzung zu den Selbsttests: der Bundesrat hat uns heute in Aussicht gestellt, dass man wahrscheinlich ab Mitte April Selbsttests beziehen kann. Es ist so geplant, dass jedermann fünf Tests pro Monat gratis in den Apotheken beziehen kann. Hoffen wir, dass wir das möglichst schnell hinbekommen. Wir bleiben dran.

Ratspräsident Sebastian Huber

Das Wort ist frei für mündliche Fragen.

Wolfgang Liedtke (SP) zum Thema "Baurecht"

- Teilt der Stadtrat die von Fachleuten vertretene Ansicht, dass eine Baurechtsvergabe mit einem Baurechtszins von einem Prozent oder mehr auf längere Sicht mehr Einnahmen generiert als ein Grundstücksverkauf, zumal am Ende des Baurechtsvertrags das Grundstück sich immer noch im Eigentum des Baurechtsgebers befindet?

Ratspräsident Sebastian Huber

Der Stadtrat wird sich an einer unserer nächsten Sitzungen dazu äussern.

3. Einbürgerungsgesuche

Der Ablauf der Einbürgerungen gestaltet sich wie in den vergangenen Sitzungen. Aufgrund der Sicherheitsvorgaben wird Urs Künzler als Referent der Einbürgerungskommission für alle Gesuchsteller sprechen. Die Eingebürgerten erhalten direkt nach dem Beschluss des Gemeinderats Adliswil ihre Geschenke auf der Tribüne durch Ann-Kathrin Biagioli als Vertreterin der Einbürgerungskommission. Auch heute gibt es leider keinen Apéro, wir machen aber im Anschluss einen kurzen Sitzungsunterbruch.

Es wurden acht Einbürgerungsgesuche gutgeheissen. Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.

Es gibt einen zehnminütigen Sitzungsunterbruch. Die Sitzung geht um 20.25 Uhr weiter.

4. Ersatzwahl

Ratspräsident Sebastian Huber

Anke Würli ist per 31. Dezember 2020 aus dem Grossen Gemeinderat zurückgetreten. Wir wählen heute Ihre Nachfolge in die Einbürgerungskommission. Diese Wahl gilt ab sofort.

Ersatzwahl eines Mitglieds der Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018 – 2022

Walter Uebersax (CVP), Präsident der Interfraktionellen Konferenz

Die Interfraktionelle Konferenz schlägt als neues Mitglied in die Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018 - 2022 Florian Kälin (CVP) vor.

Ratspräsident Sebastian Huber

Vorgeschlagen ist Florian Kälin (CVP). Wird dieser Vorschlag vermehrt oder wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall.

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird eine geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 Buchstabe a der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats, Florian Kälin als Mitglied der Einbürgerungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018 – 2022 mit sofortigem Amtsantritt als gewählt. Ich gratuliere Florian zur Wahl und wünsche ihm viel Freude, Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Kilchbergstrasse 9, Sanierung und Umnutzung in ein Musikschulhaus, Realisierungskredit (GGR-Nr. 2020-221)

Antrag des Stadtrats vom 17. November 2020 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 15. Februar 2021.

Eintretensdebatte

Walter Uebersax (CVP), Referent der Rechnungsprüfungskommission

Die Rechnungsprüfungskommission hat in mehreren Sitzungen und unter Einbezug des Stadtrats und der Abteilung Liegenschaften das oben erwähnte Geschäft eingehend und umfassend geprüft. Der Auftrag der Rechnungsprüfungskommission besteht darin, ein Geschäft nach Effizienz, Effektivität und Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Weiter sieht es die Rechnungsprüfungskommission auch als ihre Aufgabe an, den Aspekt der Nachhaltigkeit und der Ökologie bei der Prüfung zu berücksichtigen, sowie die Zweckmässigkeit zu beleuchten. Daher legte das Prüferteam in ihren Bewertungen nicht nur das Augenmerk auf die reinen finanziellen Aspekte, sondern beurteilte auch das Konzept, die Erschliessung, die eingesetzten Materialien unter Berücksichtigung der geschichtlich wertvollen, ursprünglichen Charaktere und natürlich die Nachhaltigkeit und Zweckmässigkeit. Innerhalb der Kommission wurde auch rege über den Sinn einer Musikschule diskutiert. Gemeinsam ist die Rechnungsprüfungskommission der Meinung, dass es dem Standort Adliswil einen wertvollen und positiven Impuls gibt. Aktuell werden an 25 unterschiedlichen Schulstandorten rund 530 Musikschülerinnen und Musikschüler unterrichtet. Unterschiedliche Raumnutzung erschwert die Verfügbarkeit der vorhandenen Räume erheblich und führt oft zu Notlösungen.

Die im Jahr 1900 erbaute Kapelle an der Kilchbergstrasse 9 wurde bereits fünf Jahre später der Schule Adliswil geschenkt unter der Auflage, dort einen Kindergarten zu betreiben. In der Folge wurden diverse Umbauten gemacht. Die Details dazu sind Ihnen bekannt und in der Ausgangslage des Antrags ausreichend beschrieben.

Wie in den Projektzielen beschrieben, soll die Nutzungsdurchmischung aufgehoben und das Gebäude gebrauchstauglich und grundlegend saniert werden. Das führt zu den hohen gebundenen Ausgaben von rund 1,7 Millionen Franken. Davon sind rund 1,4 Millionen Franken nur für das Gebäude projektiert. In der Rechnungsprüfungskommission stellte sich erneut die Frage, wie eine so grosse Summe an gebundenen Ausgaben zustande kommen kann. Schaut man aber in die Vergangenheit, so stellt man fest, dass vor 15 Jahren mit dem Einbau der Gasheizung eine letzte grössere Investition getätigt wurde. Zudem ist die erneuerte Gasheizung unterdimensioniert, weil die Fassaden- und Dachsanierung nie ausgeführt wurde. Jeder Hausbesitzer weiss, dass die jährlichen Sanierungskosten einer Liegenschaft bei ca. 0,6% liegen. Schon verschiedentlich wurde im Gemeinderat darüber diskutiert, dass dies in der Liegenschaften-Verwaltung, gelinde gesagt, oftmals verdrängt wird. Die Folgekosten, notabene gebundene Kosten, sind mit der Zeit dann ein Vielfaches der ursprünglichen Kosten. In der Vergangenheit haben wir bereits mehrere gleichgelagerte Projekte zähneknirschend verabschiedet. Natürlich ist der vorliegende Kreditantrag rein rechnerisch richtig, trotzdem muss man sich die Frage stellen, ob die gebundenen Ausgaben nicht durch regelmässige Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten hätten gesenkt werden können. Zumindest lassen die Aussagen in den Projektzielen hoffen, dass dem in Zukunft mehr Bedeutung zu Teil wird: "Um einen

kostengünstigen Betrieb und Unterhalt zu gewährleisten, werden über alle Projektphasen hinweg Überprüfungen hinsichtlich der Facility-Management-Aspekte durchgeführt. Ziel ist eine Balance zwischen Erstellungs- und Unterhaltskosten sowie eine Optimierung der Raum- und Bewirtschaftungskosten über den Lebenszyklus der Anlage.“ Die Rechnungsprüfungskommission wird in Zukunft diesen Aspekten vermehrt Rechnung tragen.

Dem Projekt liegt der im Finanzplan 2020 – 2024 eingestellte Betrag von rund 2,8 Millionen Franken zu Grunde, was sich dann auch in den einzelnen Details wieder spiegelt. Kein Bereich wurde in der Kalkulation verschont, damit die 3,0 Millionen Franken-Grenze nicht überschritten wird. Der vorliegende Kreditantrag darf daher, in Zusammenhang mit den finanziellen Mitteln, als ausgewogen bezeichnet werden. Wo immer möglich, wurde gespart.

Die jährlichen Folgekosten wurden gemäss HRM2 Vorgaben ermittelt, das heisst, es wird von einer Nutzungsdauer von 33 Jahren ausgegangen. Die Folgekosten von 134'614 Franken pro Jahr setzen sich aus 91'000 Franken Amortisation, 15'500 Franken Zinsbelastung und ca. 18'500 Franken Betriebskosten zusammen. Die personellen Mehrkosten betragen ca. 10'000 Franken. Der Einnahmenverzicht von rund 18'800 Franken resultiert aus der Auflösung der vermieteten Wohnung.

Dass nicht unnötig investiert wird, zeigt sich unter anderem im Bereich der technischen Einrichtungen. Die bestehende Gasheizung, welche noch eine Lebensdauer von 10 bis 15 Jahren hat, wird nicht ersetzt. Trotzdem werden die baulichen Vorbereitungen im Projekt vorgenommen, um in Zukunft eine Wärmepumpe zu integrieren. Der Verzicht auf eine kontrollierte Lüftung und der Einsatz der bestehenden Gasheizung führten dann auch dazu, dass der Minergie-ECO Standard nicht erreicht wird. Die Erschliessung erfolgt einerseits über die Kilchbergstrasse, aber auch über die Kronenwiese. Die Bedenken der Rechnungsprüfungskommission in Bezug auf Mehrverkehr, Parkplätze und Buslinie wurden vom Stadtrat aufgenommen, müssen aber nach der Realisierung genauer beobachtet werden, damit allenfalls nötige Massnahmen getroffen werden können.

Die Rechnungsprüfungskommission ist sich einig, dass das vorliegende Projekt für Adliswil eine Bereicherung darstellt. Die neu geschaffenen Räume können die einzelnen Schulen entlasten und den Transport von schweren Instrumenten minimieren. Im Rahmen der Realisierung erwartet die Rechnungsprüfungskommission auch eine zeitnahe Überarbeitung der Vereinbarung mit Langnau in Zusammenhang mit dem Musikunterricht. Die Rechnungsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, das vorliegende Geschäft Musikschulhaus zu bewilligen.

Erwin Lauper (SVP)

An der Kilchbergstrasse soll der alte Kindergarten zu einem Haus der Musik, sprich Musikschule, umgebaut werden. Wir von der SVP-Fraktion sind grundsätzlich nicht gegen ein Zusammenlegen der verschiedenen Übungsorte. Aber den Zeitpunkt empfinden wir in der momentanen Situation als schlecht gewählt. Können wir uns das heute wirklich leisten ist hier die Frage. Aber auch, dass hier wieder ein altes Haus für viel Geld umgebaut wird und so erneut nur ein Flickwerk entsteht, empfindet ein Teil der Fraktion als störend. Auch denken wir, dass es ein wenig utopisch ist, anzunehmen, dass der Publikumsverkehr über die Kronenwiese abgewickelt wird, das wird in unseren Augen mehrheitlich über die Kilchbergstrasse erfolgen. Darum wollen wir warten mit dem Bau und dann zu einem späteren Zeitpunkt mit

einem Neubau, vielleicht auch in Langnau, etwas Rechtes für die Musikschule zur Verfügung stellen. Sicher wird es dann teurer, aber es wäre auch für längere Zeit. In der verbleibenden Zeit wäre es sicher möglich, das Gebäude für eine Zwischenutzung zu vermieten. Die Musikschule und die Schule Adliswil sollten darum einen Plan entwickeln, wie sie die diversen, mehrheitlich unterbenutzten Singsäle besser auslasten könnten. Die Mehrheit der SVP wird sich bei diesem Geschäft, weil Sie nicht davon überzeugt sind, enthalten.

Esen Yilmaz (SP)

Mit grosser Freude konnte ich als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission im Team mit Bernie Corrodi (FW) und Walter Uebersax (CVP) das Projekt für das neue Musikschulhaus prüfen.

Die Stadtverwaltung ist von der bereits bevorstehenden Sanierung für das Gebäude ausgegangen und hat sich diverse Gedanken über eine anschliessende, sinnvolle Nutzung gemacht. Ohnehin fallen die grössten Kosten für den Erhalt des Gebäudes und die sinnvolle Nutzung als gebundene Kosten an. Der Entschluss des Stadtrats und der Beteiligten, sich für ein Musikschulhaus auszusprechen, ist sehr lobenswert und mutig und bringt unserer Stadt nicht nur eine gute Reputation und viel Freude, sondern deckt endlich den Bedarf einer notwendigen Raumknappheit. Zurzeit werden an 25 unterschiedlichen Schulstandorten insgesamt 530 Musikschülerinnen und –schüler unterrichtet. Jedoch erschwert die unterschiedliche Raumnutzung die Verfügbarkeit dieser erheblich und führt oft zu Notlösungen. Die Grösse und das Alter des Gebäudes lassen die Kosten schnell steigen. Obwohl keine bemerkenswerten Extras eingebunden sind, fallen für das Projekt 3 Millionen Franken an. Davon sind 1,69 Mio. Franken “gebunden“ und 1,31 Millionen Franken als “nicht gebunden“ kalkuliert.

Der Stadtrat stellt für das Projekt einen Kreditantrag zugunsten eines Musikschulhauses von 1,31 Millionen Franken, welches als Haus der Kultur und der Musik genutzt werden und für viele Generationen ein positives Licht auf die Einwohnerinnen und Einwohner Adliswils werfen wird. Auch wenn die Notwendigkeit eines solchen Projekts unbestritten ist und wir versuchen müssen, unseren Kindern mit Musik eine gesunde Seele zu geben, fallen mir trotzdem die hohen Unterrichtskosten der Musikschule für die einzelnen Schüler auf. Wenn wir von durchschnittlich Fr. 50.00/pro Musikstunde à 50min. ausgehen, so bleibt der Instrumentalunterricht nur wenigen gewährt. Der verrechnete Tarif der Schule Adliswil liegt im Vergleich zur Stadt Zürich an der obersten Grenze. Vielleicht kann die Schule Adliswil die Kostenkalkulation nochmals überdenken und den Zugang nicht nur für einige wenige, sondern für viele Kinder von Adliswil möglich machen.

Die SP-Fraktion ist sich einig, dass dieses Projekt umsichtig geplant wurde und das Musikschulhaus sehr wertvoll für die Stadtbevölkerung ist und beantragt daher einstimmig die Annahme und folgt dem Antrag des Stadtrats.

Bernie Corrodi (FW)

Das Projekt wurde von den Vorrednern sehr gut vorgestellt und auch ich stehe voll und ganz dahinter. Warum stehe ich aber hier? Jetzt kommt ein Mantra und zwar darum, weil wir diese Diskussion schon mehrmals geführt haben: Über die Dachentwässerung. Die Diskussion, welche in diesem Projekt wieder nicht stattfindet. Sie ist nicht vorgeschrieben, weil es kein Neubau ist. Für mich wäre es aber sinnvoll und

hilfreich, wenn man die Dachentwässerung so machen könnte, dass das Wasser ins Erdreich versickert und dem Grundwasser zu Gute kommt. Das ist ein Gebot der Stunde. Das sagte ich schon mehrmals und ich werde auch immer wieder damit kommen. Was ich ebenfalls weiterverfolgen werde, ist die Umgebung dieses Schulhausareales, von dem der Kindergarten oder die neue Musikschule Teil davon ist. Die Umgebung wurde in den 50er Jahren von einem berühmten Architekten, Ernst Ammann, entworfen. Ernst Ammann war ein ganz berühmter Architekt, er hat 1939 ein Jahrhundert-Ereignis, nämlich die Landi, gestaltet. Er hat schweizerische Stilmittel verwendet in Form von einheimischen Pflanzen und Baustilen. Darum hat das Areal dieses Schulhauses, wenn man genau hinschaut, ein wenig Tessiner- oder Bündner-Charakter. Das Schulhaus selber ist ja unter Schutz gestellt, die Grünanlage nicht, gehört aber meiner Meinung nach dazu. Ich komme auf das neue Element Musikschule, auf welches ich mich freue, zurück und bitte die Liegenschaftsverwaltung und den Architekten des Projekts, diesem Schulhaus und der Umgebung Rechnung zu tragen. In der schriftlichen Frage haben sie geschrieben, dass man dem Steuerfranken Sorge tragen soll, was mich als Steuerzahler selbstverständlich freut. Aber es gibt etwas, was darübersteht, nämlich das Stück Heimat, wo wir stehen können und sagen: da sind wir zu Hause. Für den Kronenwiesenplatz, der in der Finanzplanung 2024 oder 2025 steht, gibt es Ideen für die Platzgestaltung. Ich betone, dass ich gerne möchte, dass die Randbepflanzung wieder in Stand gestellt wird nach den Plänen von Ammann. Die Strukturen sind nämlich noch vorhanden. Die Originalbepflanzung ist nach 72 Jahren natürlich zum Teil nicht mehr vorhanden, aber die Bäume stehen noch alle, bis auf eine Fichte und eine Kastanie, welche man nicht ersetzte. Auch die Mauern, Plattenwege und die Einteilungen des Landes sind noch vorhanden. Ich habe Verständnis, wenn man es hinter dem Haus nicht macht, dort gibt es einen anderen Zweck-Zusammenhang mit dem neuen Stadthaus.

Also, ich empfehle Euch die Annahme des Musikschulhauses und bitte Euch, zu entschuldigen, dass ich wieder mit diesen zwei alten Themen gekommen bin und ich darf Ihnen versichern, ich werde noch mehrmals damit kommen.

Daniel Schneider (GP)

Wir Grünen begrüssen die Realisierung einer Musikschule, denn die Musik ist ein wichtiger Teil unseres kulturellen Erbes. Wir wünschen dem Projekt viel Erfolg und würden uns über das eine oder andere zukünftige Konzert freuen. Wir stehen hinter dem Realisierungskredit.

Daniel Frei (FW)

Vor Euch steht ein musikalisches Antitalent. Mit der Blockflöte seinerzeit in der Primarschule konnte ich im Quervergleich zu meinen Mitstreiterinnen und Mitstreiter noch knapp mithalten. Später in der Kantonsschule mussten aber bereits sämtliche Gene meiner musikalischen Genialität von einem Antikörper besetzt worden sein. Ich traf den Rhythmus mit Schlaghölzern oder Triangeln nicht, habe es geschafft, daneben zu schlagen, mein Klavierlehrer war am Rand der Verzweigung und mehr als ein Hänschen klein kam bei mir auch nach drei Jahren Training nicht heraus. Ich schaffte es aber trotzdem in eine Band, ich durfte für die Songgruppe des TV Adliswil die Musikinstrumente für eine Tour durch die Innerschweiz transportieren. Meine Emotionen für das Musikhaus waren daher bescheiden und die Notwendigkeit nicht sofort ersichtlich. Kostet zu viel, Thema gegessen, ablehnen. Das wäre aber sehr kurzfristig gedacht von mir. Denn auf der anderen Seite schaue ich nämlich mit

Neid und Eifersucht auf jeden, der ein Instrument spielt und Menschen in den Bann ziehen kann. Als bekennender Heavy Metal Fan und regelmässiger Konzertbesucher können mich auch klassische Konzerte und Instrumente absolut in den Bann ziehen.

Wir hörten bereits in mehrfachen Ausführungen Pro-Argumente und auch die Rechnungsprüfungskommission ist zum Schluss gekommen, dass es mehr Pros als Kontras gibt. Ich kann den Argumenten folgen und unterstütze daher die relativ hohen Investitionen und auch die Folgekosten voll und ganz. Musik verbindet, macht Freude und kann allein oder in der Gemeinschaft erlebt werden. Sie ist definitiv eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung als guten Ausgleich zur digitalen Welt.

Ich habe aber trotzdem noch einen Gedankenanstoss mitzugeben. Mir ist zu Ohren gekommen, dass der Austausch zwischen der Musikschule und den Musik-Vereinen eher bescheiden oder gar manchmal kontraproduktiv ausfällt, dass sie also in einer Konkurrenz zueinanderstehen. Das ist schade. Ich kann dies zwar nicht bestätigen, da ich mich nicht in diesem Umfeld bewege, ihr habt ja meinen musikalischen Lebenslauf gehört. Da ich es aber von mehreren Seiten hörte, ist es mir ein Anliegen, dass die Schule und die Vereine diese künftige zentrale Lösung als Chance wahrnehmen und eine gemeinsame und koordinierte Zusammenarbeit im Sinne der Musizierenden auch nach der Schulzeit sicherstellen. Ganz im Sinne wie das teilweise im Schulsport und den Sportvereinen auch schon gelebt wird. Die Freien Wähler Adliswil stimmen der Sanierung einstimmig zu.

Stadtrat Markus Bürgi

Ich möchte noch ganz kurz die Sicht der Schule, des Ressorts Bildung, konsolidieren. Aus unserer Sicht ist die Notwendigkeit für die Erstellung dieses Musikhauses ganz klar vorhanden. Wir haben primär zwei Gründe, sie wurden ja bereits genannt: Unsere Schulen wachsen stetig, das heisst, wir brauchen erstens den Raum in den einzelnen Schulhäusern für den regulären Schulbetrieb und zweitens ist es leider im Moment so, dass wir mit vielen Notlösungen arbeiten müssen. Zum Beispiel muss der Musikunterricht teilweise in Kellerräumen stattfinden, aber natürlich auch in regulären Schulzimmern, welche entsprechend nicht schallisoliert sind und so wird der Betrieb rundherum beeinträchtigt.

Ich möchte mir an dieser Stelle noch eine persönliche Einschätzung erlauben als Ergänzung zu dem, was bereits gesagt wurde. Ich unterstütze die Ansicht vollkommen, dass Musik ein kulturelles Erbe ist. Dazu möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir uns in einem Zeitalter der zunehmenden Technisierung und Digitalisierung befinden. Ich bin überzeugt, dass Kreativität in Zukunft zentral sein wird, insbesondere, um unsere Innovationskraft zu erhalten und dazu trägt eindeutig auch die musikalische Grundbildung bei. Betreffend der Zugänglichkeit für alle möchte ich darauf hinweisen, dass wir über 500 Schülerinnen und Schüler haben in Adliswil, welche das Angebot der Musikschule wahrnehmen. Das ist ein signifikanter Prozentsatz der gesamten Schülerzahl und unsere Angebote für Kinder und Jugendliche sind mit über 50% subventioniert.

Ebenfalls möchte ich kurz auf das letzte Votum eingehen, betreffend Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Musikschule und Vereinen. An dieser Stelle möchte ich festhalten, dass mir so einer Problematik nicht bekannt ist. Uns ist es ein grosses Anliegen, auch vom Leiter der Musikschule, Bernhard Ryter, welcher heute Abend auf der Tribüne sitzt, dass die Zusammenarbeit reibungslos funktioniert. Ich kenne

diverse Beispiele, wo dies auch der Fall ist, es gibt Probelokalitäten in denen verschiedenste Vereine proben und wahrscheinlich ist das so auch für die Nutzung des neuen Musikhauses vorgesehen. Abschliessend möchte ich sagen, dass ich überzeugt bin, dass wir hier etwas für die Zukunft bauen, was nachhaltig sein wird.

Ich danke Ihnen für die sorgfältige Prüfung dieses Geschäfts und ebenfalls für Ihre Unterstützung.

Stadträtin Karin Fein

Vorab bedanke ich mich bei der Rechnungsprüfungskommission für die eingehende Prüfung des Kreditantrags und die guten Fragen, die gestellt wurden. Noch ein Wort zur Gebundenheit von Ausgaben: gebunden sind Investitionen immer dann, wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell und dem Umfang nach oder zur Erfüllung vorgeschrieben und von bestehende Verwaltungsaufgaben unbedingt erforderlich sind. Auch die Sanierung bestehender Häuser ist daher gebunden. Sie haben in Ihren Voten das ganze Spektrum der Vor- und Nachteile dieses Bauvorhabens ausgeleuchtet. Für den Entscheid möchte ich Euch aber noch diejenigen Schlüsselargumente aufzählen, die uns im Stadtrat für die Ausführung dieses Bauvorhabens überzeugt haben:

Das Haus an der Kilchbergstrasse 9 wurde vor über 120 Jahren als Kapelle gebaut. In verschiedenen Umbauten und Sanierungen ist der eigentümliche Baucharakter des Hauses stark verändert worden, was zu einer jahrzehntelangen, ineffizienten Nutzung führte, weil nämlich ein Zwischengeschoss gar nie verwendet werden konnte. In den letzten Jahren war dort der Logopädische Dienst der Schule Adliswil untergebracht. Dieser Dienst kann neu effizienter in den Schulhäusern direkt in Anspruch genommen werden und das Haus an der Kilchbergstrasse hat seit einiger Zeit eine umfassende Sanierung nötig.

Ein Umbau in Wohnungen ist aufgrund der Bauweise des Hauses grundsätzlich nicht sinnvoll und eine Übertragung der Liegenschaft ins Finanzvermögen wäre ebenfalls nicht sinnvoll, da wir seit längerem gleichzeitig in einem anderen Bereich im Verwaltungsvermögen einen Raumbedarf haben, nämlich für die Musikschule. Mit dem neuen Musikhaus machen wir kein Flickwerk, sondern heben eines auf und bauen hier etwas Nachhaltiges und Schönes.

Die heutige Raumsituation der Musikschule ist insgesamt unbefriedigend. In 12 Räumen sind Akustik, Schalldämmung, Ausstattung und Verfügbarkeit nicht geeignet und in sieben nur bedingt. Es sind 530 Musikschüler, es ist also wirklich eine grosse Musikschule. Mit der notwendigen grundlegenden Sanierung können wir die Gebäudesubstanz der Liegenschaft Kilchbergstrasse 9 auch in Zukunft in gebrauchstauglichem Zustand betreiben und Schäden vermeiden. Die neue Erschliessung bindet die Liegenschaft stärker an das Kronenwiesenareal. Es ist aber zu bemerken, dass diese Liegenschaft nicht einbezogen wurde bei der Gestaltung der Kronenwiese, die Musikschule profitiert von diesem schönen Kronenwiesen Areal. Die Erschliessung löst strukturelle Eigentümlichkeiten der Liegenschaft, indem die Anbauten an den historischen Kirchenraum aus unterschiedlichen Zeiten und insbesondere die für einen dauernden Aufenthalt nicht zulässigen Raumhöhen und zahlreichen Niveauunterschieden bereinigt werden.

Die Liegenschaft Kilchbergstrasse 9 bietet ideale Voraussetzungen in Lage und Grösse, um unsere Musikschule mit Unterrichtsräumen, Konzert- und Ensemble-raum sowie Räumen für die Administration zu realisieren. Der zentral gelegene Saal kann zudem für weitere Zwecke durch die Schule oder auch Dritte genutzt werden. Eine identitätsstiftende Adresse mit einer neuen Anbindung an das Kronenwiesenareal schafft eine öffentliche Präsenz der Musikschule in Adliswil. Ansprechende, funktionale und flexibel nutzbare Räume mit adäquater Ausstattung und besonderer Berücksichtigung akustischer und schalltechnischer Aspekte ermöglichen der Musikschule einen effizienten und pädagogisch wertvollen Unterricht und Betrieb an einem Ort.

Musik ist ein wertvoller Teil in jeder Kultur. Musik bringt Menschen zusammen, lässt uns tanzen, mitsingen und sie lässt uns grosse Emotionen tief erleben. Mit dem geplanten Haus der Musik an der Kilchbergstrasse bieten wir den Kindern und Jugendlichen und auch Erwachsenen, das Hobby Musik zu pflegen, zu intensivieren und sich wer weiss sogar zu künftigen Musikstars zu entwickeln. Das Haus wird als Musikschule mit seinem neuen und im Sihltal einzigartigen Angebot auch zur Standortattraktivität unserer Stadt beitragen. Im Namen des Stadtrats und der Musikschule Adliswil danke ich Ihnen darum für die Befürwortung des Bauvorhabens.

Ratspräsident Sebastian Huber

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Ziffer 1: Für das Projekt Kilchbergstrasse 9, Sanierung und Umnutzung in ein Musikschulhaus wird ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1`310`000 (inkl. MwSt.) zu Lasten Konto 138.5040.79 bewilligt.

Diese Dispositiv-Ziffer untersteht der Ausgabenbremse. Ich werde das Ausgabenquorum mit der Schlussabstimmung abfragen.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2: Der Verpflichtungskredit erhöht oder verringert sich entsprechend der Bau-teuerung oder Bauverbilligung zwischen der Erstellung der Kostenschätzung (Preisstand Mai 2020) und der Inbetriebnahme.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3: Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 4: Der Beleuchtende Bericht im Falle einer Urnenabstimmung wird vom Stadtrat verfasst. Die Minderheitsmeinung des Grossen Gemeinderats wird von seinem Büro verfasst.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 5: Veröffentlichung von Dispositivziffer 1-3 im amtlichen Publikationsorgan.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 6: Mitteilung von Dispositivziffer 1-3 an den Stadtrat.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung

Mit dieser Abstimmung stellen wir gleichzeitig fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 36 Mitgliedern. Für die Annahme dieses Antrags resp. der Ziffer 1 braucht es also mindestens 19 Stimmen. Kommen weniger als 19 Stimmen zustande, ist die Ausgabe abgelehnt.

Sie haben der Vorlage mit 31 Stimmen zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Damit haben Sie den Verpflichtungskredit von brutto CHF 1`310`000 (inkl. MwSt.) zu Lasten Konto 138.5040.79 für die Sanierung und Umnutzung in ein Musikschulhaus an der Kilchbergstrasse 9 bewilligt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen, Totalrevision Statuten; Abstimmungsempfehlung (GGR-Nr. 2020-230)

Antrag des Stadtrats vom 16. Dezember 2020 und gleichlautender Antrag der Sachkommission vom 17. Februar 2021

Erwin Lauper (SVP), Referent der Sachkommission

Wesentliche Änderungen gegenüber den alten Statuten vom 1. Januar 2017 waren:

Namensänderung vom "Zweckverband Abfallverwertung im Bezirk Horgen" zu "Entsorgung Zimmerberg".

Die Betriebskommission ist von sieben auf neun Mitglieder erhöht worden, so dass jede Gemeinde ein Mitglied in der Betriebskommission stellen kann, was aus unserer Sicht auch Sinn macht.

Präsidentialentscheide können durch die neuen Statuten schneller und fristgerechter umgesetzt werden.

Personale Entscheidungen, also Einstellungen und Entlassungen, werden nur durch die Geschäftsleitung umgesetzt, statt wie früher durch die Betriebskommission.

Interessenverbindungen von den Kommissionsmitgliedern der Rechnungsprüfungskommission und den Delegierten der Gemeinden müssen neu offengelegt werden.

Die finanziellen Aspekte haben sich nicht geändert, sie sind immer noch dieselben wie in den alten Statuten.

In dem Sinne beantragt die Sachkommission dem Grossen Gemeinderat dem Geschäft zuzustimmen.

Ratspräsident Sebastian Huber

Bevor wir in die Detailberatung einsteigen ein Hinweis. Der Grosse Gemeinderat hat bei der Revision der Zweckverbandsstatuten nur insofern ein Antragsrecht, als dass er eine Abstimmungsempfehlung zu Händen der Stimmberechtigten für die Volksabstimmung abgeben kann. Eine Änderung der einzelnen Bestimmungen der Statuten steht ihm hingegen nicht zu. Ich verzichte deshalb auf eine vollständige Lesung der Statuten. Stattdessen rufe ich Ziffer 1 des Antrags auf.

Natürlich steht es Ihnen aber frei, wenn Sie dies wünschen, auf einzelne Artikel der Statuten einzugehen, falls Sie damit z.B. begründen möchten, weshalb Sie die Statuten ablehnen.

Ziffer 1: Die Totalrevision der Statuten des Zweckverbands für Abfallverwertung im Bezirk Horgen wird gemäss Beilage (Entwurf Statuten gemäss Entscheid Delegiertenversammlung vom 29. Oktober 2020) genehmigt.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2: Der Vorstand wird ermächtigt, allfällige redaktionelle Änderungen an den Statuten, die sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durch den Regierungsrat ergeben, in eigener Kompetenz vorzunehmen.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3: Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 + 2 im amtlichen Publikationsorgan.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 4: Mitteilung von Dispositivziffer 1 + 2 an den Stadtrat.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Schlussabstimmung

Sie haben der Vorlage mit 34 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Damit empfehlen Sie den Stimmberechtigten, die revidierten Statuten des Zweckverbands für Abfallverwertung im Bezirk Horgen vom 29. Oktober 2020 anzunehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

7. Zweckverband ARA Sihltal; Totalrevision Statuten; Abstimmungsempfehlung (GGR-Nr. 2021-245)

Antrag des Stadtrats vom 26. Januar 2021 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 15. Februar 2021

Das Wort wird nicht verlangt.

Wie beim vorgängigen Geschäft erwähnt, verzichte ich auch hier auf eine vollständige Lesung der Statuten. Stattdessen rufe ich einfach Ziffer 1 des Antrags auf.

Natürlich steht es Ihnen aber frei, wenn Sie dies wünschen, auf einzelne Artikel der Statuten einzugehen, falls Sie damit z.B. begründen möchten, weshalb Sie die Statuten ablehnen.

Ziffer 1: Die Totalrevision der Statuten des Zweckverbands ARA Sihltal wird gemäss Beilage (Entwurf Statuten gemäss Entscheid ARA-Kommission vom 4. November 2019 mit Anpassungen gemäss Entscheid ARA-Kommission vom 25. Januar 2021) genehmigt.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2: Die ARA-Kommission wird ermächtigt, redaktionelle Änderungen an den Statuten, die sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durch den Regierungsrat ergeben, in eigener Kompetenz vorzunehmen.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3; Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 + 2 im amtlichen Publikationsorgan.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 4; Mitteilung von Dispositivziffer 1 + 2 an den Stadtrat.

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Schlussabstimmung

Sie haben der Vorlage mit 34 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Damit empfehlen Sie den Stimmberechtigten, die revidierten Statuten des Zweckverbands ARA Sihltal vom 25. Januar 2021 anzunehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

8. Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Zopf-Quartier) (GGR-Nr. 2020-222)

Motion von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) vom 27. November 2020

Der Stadtrat beantragt mit Beschluss vom 18. Februar 2021 die Ablehnung der Motion. Der Rat hat heute über Überweisung oder Ablehnung der Motion zu entscheiden.

Die Motionäre haben im Vorfeld mitgeteilt, dass sie sich jetzt zu beiden Geschäften äussern werden. Das dürfen Sie, geschätzte Damen und Herren, natürlich auch tun. Abgestimmt wird dann zu jedem Geschäft einzeln.

Bernie Corrodi (FW)

Ich fasse unsere beiden Motionen zusammen, da sie den gleichen Inhalt haben, bis auf die Linienangabe. Wir haben die Motion getrennt, um dem Stadtrat die Möglichkeit einer differenzierten Antwort zu geben. Das wurde nicht genutzt. Die ablehnende Antwort des Stadtrats erstaunt sehr, denn dieser Wunsch nach einer markanten Verbesserung der Buslinien 151 und 153 ist altbekannt und kommt aus der Bevölkerung. Dieser Wunsch wurde im Rahmen eines Polit-Kafis der Freien Wähler lebhaft diskutiert. Anschliessend haben wir die mögliche Buslinie ein paarmal abgefahren mit einem gemieteten Bus von Urs Weyermann. Wir sind überzeugt, dass es machbar ist, dass es realistisch ist und dass es jetzt umgesetzt werden muss. Am Montagmorgen konnten wir in der Zürisee-Zeitung lesen, dass die Kilchberger zusätzliche Streckenabschnitte und Haltestellen auf der Linie 66, 162 und 163 bekommen. Es geht also, man muss nur wollen!

Aber die Verwaltung und der Stadtrat Adliswil sagen Nein – und das Nein-Sagen hat für mich leider eine lange, unschöne Tradition. In letzter Zeit, so will mir scheinen, wird alles zurückgeschoben und abgewinkt, immer mit dem Hinweis, dass man innerhalb eines Jahres keine Vorlage ausarbeiten könne. Dabei haben wir den Stadtrat als Exekutive gewählt.

- als ausführendes Gremium, welches die berechtigten Wünsche der Bevölkerung ausführt
- als Macher und Umsetzer.

Ich will nicht sagen, dass er nichts macht, ich schätze die Arbeit des Stadtrats, aber dieser Punkt des öffentlichen Verkehrs, auf dem ich hier herumreite, ist irgendwie wie demagisiert.

Die Verwaltung ist dafür da, den Stadtrat professionell zu unterstützen und die legitimen Bevölkerungswünsche umzusetzen. Stattdessen wird abgewiegelt und in Aussicht gestellt – doch letzten Endes werden die Versprechen nicht eingehalten.

Als im Dezember 2006 der Versuchsbetrieb für die Busverbindung aus Kostengründen eingestellt wurde, hat der damalige Stadtrat in seinem Schreiben vom 27. November 2006 versichert, dass die Stadt weiterhin alle erdenklichen Möglichkeiten prüfen werde, um die Erschliessung aller Adliswiler Quartiere zu optimieren. Offenbar prüft er noch immer. Im Jahr 2016 hat der Stadtrat dann wieder eine Petition mit 1128 Unterschriften zum Thema Verbesserung des öffentlichen Verkehrs versenkt. Ich möchte gerne auf die Bachelorarbeit vom Juni 2012 von Dominik Looser und

Fabian Hassler hinweisen. Ein ausgedrucktes Exemplar überreiche ich heute der zuständigen Stadträtin. Sie basiert auf der Bevölkerungszählung vom Jahr 2000. Dort drin steht ganz klar, dass der öffentliche Verkehr eine soziale Aufgabe erfüllt und einen gesellschaftlichen Inhalt hat und einem öffentlichen und wirtschaftlichen Zweck dient.

2012 transportierten die Linie 151 durchschnittlich 576, die Linie 153 582 Fahrgäste pro Tag, bedeutend bessere Zahlen als die Linien 152 und 156. Die Anschlusszeiten lagen damals zwischen zwei und vier Minuten. Im Zürcher Verkehrsverbund sind acht Unternehmen verantwortlich für die Ausgestaltung des Netzes. Das sind meines Erachtens zu viele Anbieter, denn viele Köche verderben den Brei, sagt man. Für Zürich ist die VBZ zuständig und für Adliswil die SZU. Der Verwaltungsratspräsident SZU ist in FDP-Hand. Darum frage ich mich nicht, warum die FDP diesen Vorstoss ablehnt. In der Stadt Zürich, also bei der VBZ, ist definiert, dass eine Haltestelle innerhalb eines Radius von 300 Meter erreichbar sein muss, sonst gilt das Gebiet als nicht erschlossen. Ich zitiere die Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr des Kantons Zürich (Angebotsverordnung) aus dem Jahr 1988, dort steht unter § 4:

¹ Zusammenhängende, überbaute Siedlungsgebiete mit mindestens 300 Einwohnern, Arbeits- und Ausbildungsplätzen werden mit mindestens einer Haltestelle erschlossen. Den noch nicht überbauten Bauzonen wird Rechnung getragen.

² Der Wert gemäss Abs. 1 kann unterschritten werden, wenn ein Siedlungsgebiet mit geringem Aufwand erschlossen werden kann, wenn mehrere Siedlungsgebiete zusammen mit einem vertretbaren Aufwand erschlossen werden können.

³ Die Siedlungsgebiete gelten als durch den öffentlichen Verkehr erschlossen, wenn die Luftlinienentfernungen zu einer Haltestelle, unter Vorbehalt besonderer topographischer Verhältnisse, folgende Werte nicht übersteigen:

400 Meter im Einzugsbereich der Haltestellen von Linien, die der Feinerschliessung dienen

750 Meter im Einzugsbereich der Haltestellen von Linien, die der Groberschliessung dienen.

Diese Werte werden von keiner, ich wiederhole, von keiner Buslinie erfüllt, weder vom Bus 151 noch 153 im Bereich Zopf und Sonnenberg. Von den Quartieren Büchel und Finsterrüti ganz zu schweigen. Gerne überreiche ich diese Verordnung auch dem Stadtrat zur Einsichtnahme. Meine Damen und Herren, Sie kennen das Gebiet. Dann wissen Sie, es ist steil da oben. Erschwerend für die Berechnung des Angebots ist die Hanglage im Gebiet Zopf, Hofern, Sonnenberg, Bernhofstrasse und Stiegweg. Das ist ein Grund, warum man die erwähnten Abstände unterschreiten könnte. Stellen Sie sich am 20 Millionen teuren Busbahnhof ein Hochhaus mit 25 Stöcken vor. Denn das ist die Höhendifferenz, die Sie ohne Lift zurücklegen müssen. Wie oft würden Sie da noch einkaufen gehen? Wie oft mit dem Kinderwagen ins Dorf? Oder mit dem Rollator? Ich frage mich, wie sich das anfühlt für eine Mutter mit einem oder zwei Kindern, so den Berg hinauf zu kraxeln. Wenn das Landwirtschaftsland wäre, würde der Bund eine Menge Subventionsgeld bezahlen und es würden darauf Kühe und Schafe weiden. Aber es leben Menschen da, nämlich Steuerzahler, die einen Busbahnhof mitfinanzieren und auch den Busbetrieb.

Ich möchte gerne aus einem Brief zitieren, welcher mich diese Tage erreicht hat. Ich bekam noch nie so viel Post wie zum Thema dieses Vorstosses. Eine junge Mutter schreibt mir: "Wir wohnen im Sonnenbergquartier und ich nehme meine Familie als Beispiel, weil sie ungefähr dem Durchschnitt der hier oben lebenden Familien entspricht. Wir haben zwei Kinder im Abstand von etwa zwei Jahren. Als Durchschnittsfamilie ist man vier bis fünf Jahre mit einem Kinderwagen unterwegs. Ein Kind sitzt im Kinderwagen, das Andere muss selber laufen oder steht als Zusatzgewicht auf einem Mitfahrbrett auf dem Kinderwagen. Dazu kommt Verpflegung für Mutter und Kind, Wickelsachen, Wechselkleider. Mit diesem Tross ist es nicht ganz einfach, die rund 1000 Meter auf dem Sonnenbergweg entlang, nach oben zu kommen und dabei 70 Höhenmeter zu überwinden. Ich stelle einmal unsere Reiseziele – wenn man dem so sagen kann - der ersten sechs Jahre unserer Familie vor, die ich alle mit dem Auto erreicht habe, weil es eben keinen Bus zu uns nach oben gibt:

- zweimal die Woche Migros Adliswil, also über 100-mal
- in das Hallenbad/Freibad Adliswil, zum wöchentlichen Schwimmkurs
- einmal die Woche in die Zirkusschule Marotte
- jedes Jahr rund acht Besuche beim Kinderarzt, mit Kleinkindern bis zum 2. Geburtstag, zur normalen Kontrolle und den entsprechenden Impfungen
- alle 14 Tage auf den Spielplatz im Tierpark Langenberg, denn es gibt keinen öffentlichen Spielplatz im Sonnenbergquartier
- zehn Mal im Sommer in die Seebadi von Kilchberg
- im Winter sind wir unterwegs zum Albispass zum Schlitteln, an den Türlerseer, in das Spielzeugmuseum oder den Zoo Zürich.

Alles Ziele, die ich mit dem ÖV erreichen könnte, wenn es ihn denn auch gäbe."

Es ist klar: die Stadt muss einen Service Public zur Verfügung stellen. Einen Service, der den Zielen der Leitbilder der einzelnen Ressorts gerecht wird. Ein Beispiel aus einem Leitbild der Altersstrategie: Wir wollen, dass die Senioren so lange als möglich in ihren vier Wänden wohnen können. Das ist für alle Beteiligten eine klassische Win-Win-Situation. Dazu braucht es aber einen öffentlichen Verkehr, sonst kann ich mit 80 Jahren nicht mehr zu Hause wohnen, sondern muss ins Altersheim. Und das kostet Sie Geld, weil Sie müssen die Altersheime zur Verfügung stellen.

Man kann als Stadt nicht auf das Minergie-Label pochen, sich damit brüsten und andererseits jede Möglichkeit in den Wind schlagen, die eine Verringerung vom privaten Individualverkehr bedeuten würde und damit auch weniger Schadstoffausstoss generiert. Wir alle hier im Saal sind die Stadt Adliswil. Darauf sollen und können wir stolz sein. Aber es kann nicht sein, dass uns dauernd andere Institutionen beim Strassenbau dreinreden oder wie hier die SZU und der ZVV den Tarif durchgeben. Das muss aufhören.

Zu den Kosten: Wir haben von Anfang an auf die Kosten hingewiesen und der Stadtrat sieht die Kosten im gleichen Rahmen. Wir liegen also richtig. Es ist ein rechter Betrag, das wissen wir und Corona-Debakel hin oder her, der Kostenrahmen wird einen schweren Stand haben in der politischen Diskussion. Aber bei der Sanierung des Hallenbades, den Kosten für den neuen Polizeiposten, die neuen Schulhäuser Sonnenberg, Wilacker, die Kindergärten Hündli, Werd und Wilacker, bei den Kosten

für den Busbahnhof – darüber wurde noch nie so diskutiert. Aber über das Geld für den öffentlichen Bus wird diskutiert. Ist das nicht interessant und spannend?

Es ist nett gemeint, wenn mir der Stadtrat schreibt, dass eine mögliche Verbesserung für bestehende Buslinien oder die Möglichkeit eines Rufbusses ergebnisoffen überprüft wird - im Rahmen des geplanten neuen Buskonzeptes der SZU im Jahre 2024 oder 2025. Das ist die nette Umschreibung für den Sankt-Nimmerleins-Tag, denn – als Beispiel für einigen Versprechen – dümpelt die vom AWEL geforderte Pausenplatzentwässerung Kronenwiese auch nach bald 20 Jahren in den Schubladen vor sich hin, vom Sonnensaal will ich gar nicht reden. Es ist jetzt 2021, meine Damen und Herren, es Zeit für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs. Wir Freien Wähler stehen dafür ein. Wir bitten Sie, werte Gemeinderätinnen und werte Gemeinderäte, stimmen Sie für die Überweisung dieser Motion. Verhelfen Sie den Quartieren Sonnenberg, Zopf und Büchel zu einer besseren Verkehrsanbindung, dort leben nämlich auch junge Familien mit Kindern und auf die sind wir ja stolz. Ich danke Ihnen vielmals für ein Ja.

Keith Wyss (SVP)

Mein Votum bezieht sich auf beide Geschäfte, beziehungsweise Motionen.

Die SVP-Fraktion unterstützt den sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wir finden den Ausbau der Buslinie 151 und 153 durchaus prüfenswert. An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass unser ehemaliges Stadtrats-Mitglied, Patrick Stutz, sich während seiner Amtszeit bereits mit einem potenziellen Ausbau beschäftigt hat. Wie der Stadtrat in seiner Antwort festhält, ist der Zeitpunkt für einen potentiellen Ausbau denkbar schlecht. Die SZU und der ZVV unterstützen das Vorhaben nicht und somit müsste das Zusatz-Angebot von der Stadt Adliswil finanziert werden. Bauliche Massnahmen sind, wie die Motionäre selber festhalten, für einen effizienten Betrieb nicht auszuschliessen. Die von den Motionären erwähnten Ticket-Verkäufe und Einnahmen durch Werbung dürften eher einen bescheidenen Anteil der Gesamtkosten ausmachen, speziell dann, wenn noch Fahrzeuge beschaffen werden müssen. Ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs macht nur dann Sinn, wenn der Inhalt von den bestehenden Verbänden koordiniert wird. Für diese Zusammenarbeit bestehen diverse Gremien. Aus unserer Sicht funktioniert die Zusammenarbeit innerhalb der Gremien gut und es besteht kein Handlungsbedarf, ausserhalb einer geplanten Fahrplan-Anpassung Eingriff zu nehmen.

Deshalb wird die SVP-Fraktion die beiden Motionen nicht unterstützen.

Sollten die Motionen nicht angenommen werden, möchten wir den Stadtrat jedoch dazu einladen, dieses, wie die Motionäre festhalten, durchaus bestehende Bedürfnis innerhalb der Quartierbevölkerung für den kommenden Fahrplanwechsel zu berücksichtigen und die Position der Stadt Adliswil dann dementsprechend in diesen Gremien adäquat zu repräsentieren.

Mario Senn (FDP)

Die Freien Wähler fordern mit ihrer Motion zum einen, dass die Buslinie 151 ergänzt und ausgebaut wird, so dass sie auf dem Rückweg über die 30er Zone Feldblumenstrasse geführt wird und mindestens zwei zusätzliche Haltestellen bedient. Alternativ soll auch ein Ruf-Bus geprüft werden. Aber nicht etwa so wie in der Stadt Zürich, sondern das Fahrzeug soll zwingend grösser sein als in der Stadt Zürich.

Soweit also der Wunschzettel.

Der ZVV, beziehungsweise die kantonale Angebotsverordnung legt die Kriterien der ÖV-Erschliessung klar fest. Gemäss diesen Regeln ist das Quartier ausreichend erschlossen. Und ich muss Ihnen folgendes sagen: Das Schlechtreden des ÖVs im Kanton Zürich finde ich ziemlich daneben. Wir werden beneidet für unsere ÖV-Erschliessung und wie das System organisiert ist. Ein Ausbau wird deshalb über den ZVV nicht finanziert, weil die Quartiere ausreichend erschlossen sind. Solange der Kanton mitfinanziert, redet er logischerweise und hoffentlich auch mit.

Was würden wir machen, wenn wir diese Motion überweisen würden. Es käme automatisch die Frage der Gleichbehandlung. Weshalb soll denn gerade das Quartier Zopf bei der ÖV-Versorgung bevorzugt werden? Wobei, es ist ja eigentlich nicht das Quartier, sondern es ist die Feldblumenstrasse. Was machen wir, wenn andere Quartiere auch plötzlich kommen, eigentlich seien ihnen die 400 Meter zur nächsten Bushaltestelle zu weit? Jedem Gässli sein Büssli? Was Sie fordern, ist nichts Anderes als eigene Kriterien für die ÖV-Versorgung, quasi eine eigene Angebotsverordnung für die Stadt Adliswil. Wobei Sie natürlich all jene vergessen, die jetzt in diesem Falle gar nicht an der Feldblumenstrasse wohnen und für die die Fahrt länger wird oder die sogar weiter haben werden zur nächsten Haltestelle als heute – bspw. jene, die die Haltestelle Bodenacker benutzen. Es handelt sich diesbezüglich ja gar nicht um eine Verbesserung des ÖV.

Die Motion fordert die Umleitung des Busses auf dem Rückweg über die Feldblumenstrasse. Die Feldblumenstrasse ist eine 30er Zone. Es ist etwas vom Dümmsen, einen Bus durch eine Tempo-30-Zone zu führen. Das verlangsamt den ÖV und macht ihn weniger attraktiv. Sie konnten es lesen diese Woche, in der Stadt Zürich stampft man Buslinien ein, genau deswegen.

Die Motionäre argumentieren auch, ihre Motion helfe dabei, die Menschen länger in ihren vier Wänden zu halten. Ich glaube, liebe Freie Wähler, ihr habt da etwas falsch verstanden. Es soll möglichst gute Angebote an Alterswohnungen geben. Das bedeutet wenig Stufen, einen Lift, zentral gelegen, breite Türen, vielleicht sogar "Wohnen mit Services". Aber es heisst nicht, dass man einen Anspruch darauf hat, irgendwo steil am Berg zu wohnen, wo es eh schon Treppen hat und dort auch noch einen Bus-Service vor die Türe zu haben. Es gehört halt auch zur Selbstverantwortung, dass man sich ab einem gewissen Alter Gedanken macht, ob die Wohnsituation noch passt und allenfalls etwas Anderes sucht. Hier ist es vielleicht noch wichtig, den Unterschied zwischen Pflegeheim und Alterswohnung im Hinterkopf zu behalten.

Zu den Kosten. Der Kostendeckungsgrad der Linie 151 beträgt heute schon nur 31.4%, wie der Regierungsrat festgestellt hat (KR-Nr. 301/2015). Mit anderen Worten finanziert der anonyme Steuerzahler schon heute 70% der Kosten dieses Busses. Da ist es also schon etwas kühn, wenn die Motionäre schreiben, die Finanzierung soll über die Billett-Verkäufe getragen werden. Dies erst recht in Zeiten des Home-Office. Sie müssen sich bewusst sein, wenn jeder 20% der Zeit Home-Office macht, heisst das wahrscheinlich auch 20% weniger Bus-Passagiere. Und ich glaube nicht, dass Pro Senectute einen fünfstelligen oder sechststelligen Betrag an einen Bus sponsoren würde, von dem gar nicht sicher ist, ob er älteren Adliswilern wirklich etwas bringt? Man müsste ja sagen, warum genau an der Feldblumenstrasse besonders viele ältere Adliswiler wohnen.

Unabhängig davon: Der Kostendeckungsgrad ist jetzt schon unterirdisch. Nach dem Willen der Motionäre soll es noch mehr sein. Ist es aber wirklich sinnvoll und umweltschonend, Mobilität so zu fördern? Das widerspricht doch jeglichem Verursacherprinzip.

Und noch etwas. Sie fordern zwei zusätzliche Haltestellen. Das bedeutet gleichzeitig die Verschiebung der Haltestellen Zopf sowie Feldblumenstrasse und die Aufhebung der Haltestelle Bodenacker. Die Haltestelle Zopf wurde erst gerade mit dem neuen Kindergarten Zopf neu gebaut. Die Haltestellen Feldblumenstrasse und Bodenacker wurden von Carmen Marty Fässlers Ressort ebenfalls erst kürzlich neugestaltet und mit Vogelschutzscheiben ausgerüstet. Zu den exorbitant hohen Betriebskosten käme also noch der Schildbürgerstreich dazu, dass erst kürzlich neu gebaute Haltestellen wieder zerstört werden müssten.

Halten wir also fest:

- Die Motion verstösst gegen das Gleichbehandlungsgebot.
- Es handelt sich nicht um eine Verbesserung des ÖV in Adliswil, sondern höchstens für die, die an der Feldblumenstrasse wohnen. Für alle anderen ist es eine Verschlechterung.
- Der Kostendeckungsgrad ist jetzt schon beschämend tief, er würde noch weiter sinken.

Zuletzt noch das finanzpolitische Argument. Meine Damen und Herren, wir haben derzeit die grösste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Unsere Steuereinnahmen brechen ein. Die Zahlen haben Sie ja heute von Karin Fein gehört. Selbst Bernie Corrodi schrieb am 4. April 2020 in einem Leserbrief "Wir müssen den Gürtel enger schnallen". Möchten Sie tatsächlich in einer Krisensituation zwei Steuerprozent für ein Luxusangebot für ganz wenige ausgeben, welches sonst keinen Mehrwert bietet? Das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik! Das ist schlicht und einfach verantwortungslos.

Die FDP-EVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wenn Sie Verantwortung für die Stadtkasse übernommen wollen, machen Sie das auch.

Wolfgang Liedtke (SP)

Zuerst mein Votum zur Motion betreffend die Buslinie 151. Lieber Bernie, vielen Dank für Dein engagiertes Plädoyer. Wäre ich nicht schon vorher überzeugt gewesen, so wäre ich es jetzt.

Vor zehn Monaten wurde hier im Grossen Gemeinderat ein Postulat von mir behandelt, in dem ich unter anderem den Einsatz von Rufbussen in Randzeiten anregte. In seiner Antwort hatte der Stadtrat geltend gemacht, dass er ein Angebot von Rufbussen nicht als Aufgabe der öffentlichen Hand sieht. Liest man die Antwort des Stadtrats auf die Motion der Freien Wähler, so muss man feststellen, dass die Ablehnung nicht mehr so absolut ist wie vor einigen Monaten und erste Ansätze eines Umdenkens erkennbar werden. So informiert der Stadtrat darüber, dass er sich mit der SZU in einem Austausch zum Thema Ruf-Busse befinde. Weiterhin kann sich der Stadtrat vorstellen, Erfahrungswerte zum Einsatz von Rufbussen bei anderen Gemeinden einzuholen. Schliesslich stellt er sogar eine Prüfung des Einsatzes von Rufbussen im Rahmen des neuen Buskonzepts der SZU 2024 oder 2025 in Aussicht. Zugestanden, es handelt sich erst einmal um vage Zusagen, die sich auch

leicht wieder zurücknehmen lassen. Aber wir konnten ja auch kaum erwarten, dass in der jetzigen ungewissen Finanzlage der öffentlichen Kassen, der finanziellen Einbussen beim ZVV und angesichts der momentan rückläufigen Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln (das sind etwa 25% beim ZVV) die Motion freudig entgegengenommen wird. Es wäre aber falsch, lieber Mario, in dieser Situation alle Initiativen zur Verbesserung des Angebots des öffentlichen Verkehrs zu beenden oder möglicherweise sogar das Angebot zu verringern. Man muss vielmehr antizyklisch reagieren und das Angebot mindestens unangetastet lassen, vorzugsweise aber weiter verbessern, um die abtrünnig gewordenen Nutzer des öffentlichen Verkehrs wieder zurückzugewinnen. Viele davon sind in den letzten 12 Monaten auf E-Bikes oder aufs eigene Auto umgestiegen. Der Umstieg auf E-Bikes ist sicherlich zu unterstützen. Aber diejenigen, welche aufs Auto umgestiegen sind, müssen unbedingt zurückgewonnen werden. Wir wollen deshalb hoffen, dass die SZU an den Plänen zur Steigerung ihrer Zugfrequenzen bei der S4 ab 2028 festhält.

Der Zug für Verbesserungen für 2022 und 2023 ist bereits abgefahren, aber der Stadtrat sollte jetzt innovativ denken und die Möglichkeit wahrnehmen, die Weichen für die Zeit ab 2024/2025 zu stellen. Es wäre wichtig zu wissen, was genau die Veränderung der Linienführung des Busses 151 an Investitions- und Betriebskosten für Adliswil verursachen würde, und zwar für den Fall, dass der ZVV einen Teil der Kosten trägt, wie auch für den Fall der alleinigen Finanzierung durch Adliswil. Ebenso sollten wir – auf Basis von Erfahrungen aus anderen Gemeinden – uns vom Stadtrat die Betriebskosten für Ruf-Busse vorrechnen lassen. Damit hätten wir in einigen Monaten eine Grundlage, um Entscheidungen für die Zukunft zu treffen. Die SP-Fraktion wird für die Überweisung dieser Motion stimmen.

Und jetzt noch kurz zur Motion für die Buslinie 153. Im Sommer 2016 reichte die Quartier-Bevölkerung Sonnenberg eine Petition ein - Bernie Corrodi hat es erwähnt - in der sie eine bessere Erschliessung ihres Quartiers über das Ortsbusnetz forderte. Auf eine Interpellation von Mario Senn, (damals stand Dir der Sinn wohl noch anders, Mario) Markus Bürgi und Hanspeter Clesle antwortete damals der Stadtrat, dass er im Gegensatz zur Einschätzung des ZVV das Sonnenbergquartier nicht als ausreichend erschlossen ansah und dass er eine Verlängerung der Linie 153 über die Sonnenbergstrasse unterstütze. Es wurden Probefahrten mit SZU-Bussen durchgeführt und vom Stadtrat ein Begehren in der Sitzung der Regionalen Verkehrskonferenz im November 2016 eingebracht. Das Anliegen einer besseren Anbindung des Quartiers Sonnenberg durch den öffentlichen Verkehr ist also nicht neu – es gab sogar bereits 2007 von Davide Loss zwei Vorstösse dazu. Umso bedauernder ist es, dass den Quartierbewohnern bis heute keine positive Perspektive geboten werden konnte. Und umso erstaunlicher ist es, dass wir heute eine viel negativere Reaktion des Stadtrats zur Kenntnis nehmen müssen als 2016. In der Vergangenheit mussten bei der Einführung von Buslinien in Adliswil immer erst Vorbehalte – vor allem finanzielle – beseitigt werden. Das war bei der ersten Adliswiler Buslinie so, welche die SP in den achtziger Jahren durchgesetzt hatte, und das war zuletzt auch bei der Linie nach Thalwil der Fall, welche die SP in einem Vorstoss gefordert hatte. Ich bin überzeugt davon, dass Adliswil auf mittelfristige Sicht den ZVV von der Notwendigkeit einer Angebotsverbesserung für das Quartier Sonnenberg überzeugen wird. Die SP-Fraktion wird auch diese Motion unterstützen.

Gabriel Mäder (GLP)

Herzlichen Dank den Freien Wähler, dass sie sich dem Thema nochmals angenommen haben und wir heute dazu im Rat Stellung nehmen können. Denn für die CVP-GLP-Fraktion ist auch klar, dass die Situation im Sonnenberg- und Zopf Quartier nicht befriedigend ist. Da kann der ZVV und die SZU in ihren Merkblättern noch lange darauf verweisen, dass es gemäss ihren Erhebungen keinen Handlungsbedarf gibt. Das mag zwar auf dem Papier so sein, aber es passt in keiner Art und Weise mit den täglichen Erfahrungen der Anwohner zusammen. Wenn der Kanton keinen Handlungsbedarf sieht, müssen wir halt selber agieren.

Von der Bahnlinie aus bis zum Schulhaus Hofern ist es, wie von Bernie Corrodi vorhin erwähnt, recht steil. Die Differenz beträgt knapp 320 m Luftlinie bei einem Höhenunterschied von 60 Metern. Diese Steigung ist enorm, über 18% in gewissen Bereichen. Hätten wir dort anstatt Wohnhäuser einen Landwirtschaftsbetrieb, ja, dann würde dieser vom Bund Subventionen von 410 Franken pro Hektare erhalten. Aber für den ÖV ist das kein Kriterium. Es sind 450 Meter Luftlinie bis zur nächsten Haltestelle und die Zielquote ist erfüllt. Für die CVP-GLP-Fraktion ist diese enorme Steigung allerdings relevant und wir betrachten sie als einen blinden Fleck im System. Wir sehen das Bedürfnis der Anwohner sehr wohl.

Auf der Kostenseite steht den berechtigten Bedürfnissen der Anwohner die grobe Kosten-Schätzung des Stadtrats von 500'000 bis 700'000 Franken pro Jahr für eine Anpassung der Streckenführung entgegen. Ein stattlicher Betrag, entspricht er doch etwa einem bis zwei Steuerprozenten, wenn das wohl auch etwas gar hoch angesetzt ist. Gestern erst konnten wir der Zürisee-Zeitung entnehmen, dass die Gemeinde Kilchberg in einem ähnlichen Ausbau der Buslinie nur gerade 300'000 Franken dafür aufwenden musste. Die CVP-GLP-Fraktion geht davon aus, dass es hier noch etlichen Spielraum gibt. Insbesondere, da auch zusätzliche Haltestellen nicht unsere erste Priorität sind. Vielmehr Potential erhoffen wir uns von den Alternativen, welche die Freien Wähler (FW) in ihrer Motion glücklicherweise ebenfalls erwähnt haben. Wer bereits einmal einen Ruf-Bus oder, wie er in anderen Kantonen heisst, Publicar benutzt hat, weiss, wie unkompliziert und praktisch eine solche flexible und schlanke Lösung sein kann. Damit lässt sich viel dynamischer auf die Nachfrage in den Randzeiten reagieren und so auch die Kosten besser unter Kontrolle behalten. Von einer vertieften Prüfung einer solchen Lösung und dem Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden erhoffen wir uns viel. Denn aus unserer Sicht kann man einen solchen Ruf-Bus nicht bloss auf die beiden Quartiere Zopf und Sonnenberg beschränken, sondern er könnte auch weitere Quartiere bedienen, bei welchen die Topographie eine Herausforderung darstellt. So käme man der erwähnten Gleichberechtigung nach und es liesse sich in Randzeiten allenfalls gar Sparpotential auf anderen Strecken erzielen. Denn es geht uns primär nicht um einen Ausbau der Strecken, sondern um eine Optimierung. Wer ein solches Angebot als wirtschaftsfeindlich darstellen möchte, liegt natürlich falsch. Es geht hierbei nicht darum, eine Konkurrenz zu den Taxis aufzubauen, welche einen Punkt zu Punkt Service anbieten, sondern ausschliesslich um Fahrten vom und zum Bahnhof. Von da aus muss sich jeder Passagier wieder selber organisieren können. Fahrten zum Zahnarzt oder in die Badi wird es damit nicht geben.

Mit der Überweisung der Motion gehen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keine wiederkehrenden finanziellen Verpflichtungen ein. Es wird niemand beginnen, irgendetwas zu bauen. Sondern wir fordern nur, dass die Stadt ein entsprechendes Konzept

oder Projekt ausarbeitet und dem Gemeinderat dann den dazu notwendigen Kreditrahmen unterbreitet. Dies wird der Zeitpunkt sein, wo wir ein scharfes Auge auf die Kostenseite werfen werden. Dann wird zu entscheiden sein, ob den Kosten ein tatsächlicher Mehrwert gegenübersteht, welcher die Ausgaben rechtfertigt. Und dabei hat die CVP-GLP-Fraktion auch in der Vergangenheit gezeigt, dass sie nicht einfach ideologisch zu jedem ÖV-Ausbau ja sagt, sondern diesen kritisch hinterfragt. Das wird auch hier nicht anders sein. Darum wollen wir jetzt Fakten auf den Tisch, um entscheiden zu können und darum werden wir die Motion unterstützen.

Angela Brogгинi (GP)

Die Motion der Freien Wähler (FW) ist ein Vorstoss, der eigentlich aus der Bevölkerung an die Stadt herangetragen wird. Die FW haben sich grosse Mühe gegeben, das Bedürfnis aus der Bevölkerung abzuholen. An einem Round-Table konnten Bürgerinnen und Bürger konkret ihre Bedürfnisse bezüglich Erschliessung der Quartiere anbringen und über die Notwendigkeit und den Nutzen erweiterter ÖV-Verbindungen diskutieren. Es hat sich herausgestellt, dass die Erweiterung der Buslinien 151 und 153 ein echtes Bedürfnis der Anwohner ist, sowohl für Jung als auch für Alt. Die Motion bringt also ein aktuelles Thema aus der Bevölkerung zum Stadtrat. Die Antwort des Stadtrats, dass die betroffenen Gebiete bereits genug erschlossen seien, ist deshalb in unseren Augen undifferenziert und zeugt von wenig Entgegenkommen. Wir finden, dass dieser Wunsch unserer Bürger zumindest wohlwollend diskutiert werden soll und überweisen heute deshalb diese Motion.

Mario Senn (FDP)

Ganz am Anfang meiner Zeit im Gemeinderat gab es eine Einzelinitiative von Manneh-Stark, dort ging es um die Geburtenabteilung des Spitals Sanitas, wie es damals noch hiess. Diese wurde in einer ersten Runde sehr stark unterstützt, aber als dann die Rechnung präsentiert wurde, hat man die Initiative wieder versenkt. Ich bin also gespannt, ob die CVP-GLP-Fraktion ihr Versprechen von finanzpolitischer Zurückhaltung einhält. Wolfgang Liedtke hat gesagt: «es ist wichtig zu wissen, was es kostet», da bin ich ganz derselben Meinung. Gabriel Mäder hat noch erwähnt, man solle noch Alternativen prüfen, welche als zweiter Punkt aufgeführt sind. Wir reden hier über eine Motion und eine Motion ist ein Auftrag an den Stadtrat. Bei dieser Kreditvorlage, welche wir selbstverständlich sehr genau anschauen werden, stelle ich in Aussicht, dass einige derjenigen, welche im Anschluss ja stimmen werden, kalte Füsse bekommen werden, davon bin ich überzeugt. Auch nicht zuletzt darum, weil es, meine Damen und Herren, eine Volksabstimmung geben wird, auch wenn die Kosten tiefer liegen werden. Es wird, wenn wir über 300'000 Franken liegen und das ist realistisch, eine Volksabstimmung geben. Und ich bin sehr gespannt, wie argumentiert werden wird. Dann werde ich mit Freuden wieder in alten Protokollen nachlesen; ich habe auch für heute ein paar Voten vorbereitet und ich musste gar nicht Jahre zurückgehen, es ist erst drei Monate her, da erwähnte Daniel Frei an der letzten Gemeinderatssitzung unter anderem zum Budget 21: «Die immensen Herausforderungen für die Zukunft sind eine Riesenchance, noch konsequenter Strukturen anzupassen und notwendige Investitionen von notwendigen Ausgaben und von Wunschgedanken zu trennen.» (Protokoll S. 819). Wenn man jetzt so nonchalant sagt, irgendwie können wir uns das alles schon leisten, frage ich mich schon, in welcher Welt leben wir den eigentlich oder nehmen Sie die Krise, die wir jetzt haben überhaupt nicht wahr?

Wir haben Ordnungsfristen, wenn man eine Motion überweist, dann kommt die Vorlage in einem Jahr, da bin ich auch einverstanden und ich finde es ein dummes Argument des Stadtrats, dass ein Jahr nicht reiche. Selbstverständlich können sie das machen in einem Jahr, die Rechnung wird einfach umso grösser ausfallen. Ich bin gespannt, wie sich der ÖV entwickeln wird, sowieso und insbesondere im Hinblick auf die Individualisierung. Denn wenn Sie mit Leuten vom Bundesamt für Verkehr reden, sagen Ihnen diese, dass Ortsbusse von gestern seien und nicht die Zukunft.

Daniel Frei (FW)

Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, aber Mario Senn wollte es wohl. Doch ich werde kein grosses Votum halten. Ja, es ist mir definitiv bewusst und ich stehe selbstverständlich zu meinem Wort, dass man wirklich Wunschgedanken von Notwendigem unterscheiden muss. Nur ist halt die Notwendigkeit manchmal eine subjektive Sache, wir, die Freien Wähler, haben das Bedürfnis der Bevölkerung aufgenommen. Und ja, wenn etwas da ist und wir die Kosten sehen, gehe ich schon nochmals zurück auf Feld eins und frage mich, ob nun diese Kosten vertretbar sind. Wenn es wirklich zu einer Volksabstimmung käme, wäre das eigentlich umso schöner, denn dann entscheiden nicht nur wir hier. Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir im Gemeinderat eine Mehrheit bildeten und das Volk dann etwas Anderes sagte, als es zur Abstimmung kam. Ich wünsche mir das vielleicht sogar, denn dann werden wir sehen, wie solidarisch das Volk der linken Ecke ist zur rechten, oder ob sich jemand benachteiligt fühlt oder nicht. Es ist immer das gleiche Thema. Deswegen habe ich gar kein Bauchweh und wenn es wirklich dazu käme, würde ich das vielleicht sogar begrüßen.

Ich bin definitiv nicht Fachmann für öffentlichen Verkehr und kann sagen, was sinnvoll ist und was nicht. Auch haben wir viel Übergeordnetes und Abhängigkeiten, aber das ist ja oft so. Ich finde es schade, wenn man sich darauf bezieht oder auch darauf, dass schon vor fünf Jahren nein gesagt wurde. Mir fehlt einfach, dass man etwas über die Tischkante hinausschaut und ganz andere, innovative Ideen sucht. Man kann schon sagen, man höre einmal, was die anderen dazu sagen, aber das ist für mich nicht sehr verbindlich. Es geht hier um die Aufforderung, einmal ganz weitläufig zu denken. Noch besser wäre natürlich, eine Lösung präsentieren zu können, aber ich bin ganz ehrlich, ich habe sie leider nicht. Ich möchte aber zu einer Lösung animieren.

Bernie Corrodi (FW)

Für mich sind die Wünsche der Bevölkerung zielführend. Ich stehe nach wie vor zum "Gürtel enger schnallen" und werde diesen Begriff auch weiterhin benutzen, wenn es um finanzielle Geschichten geht. Aber hier geht es darum, wem man mehr Gewicht gibt, dem öffentlichen Verkehr oder irgendeinem Objekt, zum Beispiel einem Kunstrasen für den FC Adliswil. Was ist wichtiger. Zynismus in Ehren, damit muss man leben in einer Debatte, aber ich kann nicht nachvollziehen, warum Bushaltestellen aufgehoben werden sollen, warum Tempo 30 einen Hindernisgrund darstellt usw., denn auch ich bin kein Fachmann für Verkehr. Aber ich kenne den Wunsch dieser Leute, die eine Verbesserung des ÖV brauchen. Ich bitte alle inständig, gebt ihnen eine Chance.

Wolfgang Liedtke (SP)

Ich habe mal gehört, dass das Abkühlen von Füssen gut für den Kreislauf sei, deswegen habe ich keine Angst davor, "kalte Füsse" zu bekommen und ich lade alle dazu ein, diese eventuell zu bekommen. Überweisen wir doch die Motion und beauftragen den Stadtrat, uns detaillierte Zahlen vorzulegen. Dann können wir entscheiden, ob wir uns darauf einlassen oder nicht.

Ratspräsident Sebastian Huber

Abstimmung

Der Rat stimmt der Überweisung mit 18 Stimmen zu 16 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Damit haben Sie die Motion von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) betreffend Verbesserung und Ausbau der Buslinie 151 (Zopf-Quartier) dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

9. Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Sonnenberg-Quartier) (GGR-Nr. 2020-223)

Motion von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) vom 27. November 2020

Der Stadtrat beantragt mit Beschluss vom 18. Februar 2021 die Ablehnung der Motion. Der Rat hat heute über Überweisung oder Ablehnung der Motion zu entscheiden. Der Erstunterzeichner Bernie Corrodi hat sich bereits beim Traktandum 8 zu diesem Traktandum 9 geäussert.

Mario Senn (FDP)

Vielleicht wäre es bei einem nächsten Fall möglich, eine gemeinsame Beratung zu beschliessen, denn dann hätte ich mich dementsprechend vorbereiten können. Aber dieser Vorstoss ist halt nicht ganz gleichgelagert. Die Idee ist ja nicht furchtbar falsch, sie ist in dem Sinn auch nicht neu, im Gegenteil, schon vor knapp fünf Jahren habe ich zusammen mit Markus Bürgi und Hanspeter Clesle genau den gleichen Vorschlag gemacht. Wenn ich mich recht erinnere, hat auch Davide Loss 2007 ein Postulat gemacht, dort ging es aber um einen Bus, welcher nur das Quartier Sonnenberg erschliessen sollte und nicht um eine Ergänzung oder Umleitung zur Linie 153. Der Stadtrat hatte damals, also 2016 in Zusammenhang mit meiner Interpellation, Tests gemacht und den Antrag in der Regionalen Verkehrskonferenz eingebracht. Diese hat den Vorschlag unverständlicherweise abgelehnt. Das heisst leider, dass wir nicht auf Unterstützung zählen können, sondern dass wir das selber finanzieren müssten. Damit stellt sich natürlich die Frage, ob man das will. Darüber haben wir uns schon ausgetauscht und es gibt unterschiedliche Haltungen dazu. Wir werden sehen, ob wir und allenfalls das Volk wollen, dass unsere Stadtkasse das trägt. Der Stadtrat hat vor vier Jahren tatsächlich versprochen, am Thema dran zu bleiben.

Ich habe mit etwas Überraschung festgestellt, dass der Stadtrat in seiner Stellungnahme darauf keinen Bezug mehr nimmt. Mir ist klar, dass der ZVV im Moment keine Mittel hat für die Finanzierung eines Angebotsausbaus in einem schon gut erschlossenen Quartier. Die kantonale Angebotsverordnung denkt halt bei geografischen Kriterien nicht an den Albishang. Vielleicht reichen Gabriel Mäder zusammen mit Farid Zeroual und Carmen Marty Fässler einen Vorstoss im Kantonsrat ein, dass man Adliswils Berggebiet in subventionsberechtigtes Berggebiet umteilt. Vielleicht gäbe es durchaus Chancen, weil auswärtige Besucher jeweils überrascht sind, wie steil es in Adliswil teilweise ist.

Zum Thema Tempo 30 möchte ich schon noch etwas sagen, lieber Bernie, es hat mit Zynismus nichts zu tun, wenn man die Zeitung liest und hört, was in der Stadt Zürich abgeht. Wenn sie den Verkehr verlangsamen und Busse durch Tempo 30-Zone führen, brauchen sie tendenziell mehr Busse und wenn man das je nach dem besonders unpraktisch macht, heisst das, dass eine ganze Linie gefährdet ist.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass wir in der gegenwärtigen finanziellen Situation einfach keinen Spielraum haben, um solch einen Ausbau auf eigene Faust finanzieren zu können und darum werden wir diese Motion zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen. Als Postulat hätten wir uns vorstellen können, es zu unterstützen, aber die Vorstellung, dass man innerhalb von einem Jahr eine Vorlage ausarbeitet und dann damit quasi etwas erzwingen will, halten wir für falsch. Auch will ich noch erwähnen, dass wir im ÖV Aufgabenteilung und Finanzierungsteilung zwischen Gemeinden und Kanton haben. Ich finde das kein schlechtes System, aber man muss sich dann halt an gewisse Entscheidungen halten. Und zwischen Kilchberg, was auch schon mehrmals erwähnt wurde, und Adliswil gibt es natürlich einen grossen Unterschied und das ist logischerweise die Steuerkraft. Wenn wir uns mit Kilchberg vergleichen wollen: ich komme dann bei der nächsten Steuerfuss-Debatte wieder darauf zurück.

Ich empfehle Ihnen, diese Motion ebenfalls abzulehnen, sie ist das falsche Instrument zum jetzigen Zeitpunkt. Im Jahr 2028 kommt dieser Ausbau sowieso, nicht, weil die SZU das will oder nicht, sondern weil das sogar über Bundesgelder im FABI-Kredit (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) finanziert ist.

Ratspräsident Sebastian Huber

Abstimmung

Der Rat stimmt der Überweisung mit 18 Stimmen zu 16 Stimmen bei 0 Enthaltungen zu.

Damit haben Sie die Motion von Bernie Corrodi (FW), Heinz Melliger (FW), Harry Baldegger (FW) und Daniel Frei (FW) betreffend Verbesserung und Ausbau der Buslinie 153 (Sonnenberg-Quartier) dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

10. Adliswil Zentrum aufwerten (GGR-Nr. 2020-210)

Postulat von Martin Rüttimann (CVP) Anke Würli (CVP), Walter Uebersax (CVP), Simon Schanz (CVP) sowie Mitunterzeichnenden vom 23. September 2020

Der Stadtrat beantragt mit Beschluss vom 22. Dezember 2020 die Ablehnung des Postulats. Der Rat hat heute über Überweisung oder Ablehnung des Postulats zu entscheiden.

Walter Uebersax (CVP)

Der Stadtrat möchte das Postulat nicht entgegennehmen, weil der Kontakt zum Kanton bereits am Laufen ist und weil er einer generellen Temporeduktion auf der Albisstrasse grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. Wir hörten heute schon, dass man den Bus nicht durch eine Tempo 30-Zone führen sollte. Ich spreche auf der Ebene eines Postulats und nicht auf der einer Motion. Im Postulat steht nämlich gar nichts von einer Temporeduktion. Vielmehr steht dort etwas von einer Verbesserung der Sicherheit und einer Reduktion der Umweltbelastung. Wir wollen im Zentrum von Adliswil mit Sicherheit keine zweite Soodstrasse. Für eine Temporeduktion sorgen schon auf natürlichem Weg die Fussgängerstreifen. Vielmehr wünschen wir uns, dass sich der Stadtrat mit dem Kanton über die Möglichkeiten austauscht, wie man die Attraktivität des Zentrums steigern kann. Wir denken dabei nicht nur an Langsam-Verkehr oder Fussgänger. Die Gewerbetreibenden, Autofahrer, Busbetriebe und alle, die sich ein lebendiges Zentrum wünschen, die sind in unserem Fokus.

Rückmeldungen aus der Bevölkerung, welche in letzter Zeit bei mir eingegangen sind, bestärken mich darin. Uns ist absolut klar, dass es sich bei der Albisstrasse um eine wichtige Durchfahrtsstrasse handelt. Das merkt man immer dann, wenn das Albisstrassen-Fest ansteht.

Der Stadtrat schreibt in seiner Erwägung, dass die Albisstrasse nach der Fertigstellung des Bushofs instandgesetzt werden muss. In Klammern steht dort auch "Zustand wie vor der Sanierung". Was genau bedeutet das? Soll erneut ein zwei Meter breiter Streifen in der Mitte aufgemalt werden, der mehr Verwirrung schafft als anderes? Warum will man nicht die Gunst der Stunde nutzen und sich um echte und auch bekannte Verbesserungen bemühen? Die CVP-GLP-Fraktion ist der Meinung, dass das Postulat überwiesen werden sollte und bittet die anderen Fraktionen das Gleiche zu tun.

Erwin Lauper (SVP)

Mit dem Postulat "Adliswil Zentrum aufwerten" fordern die Postulanten aus der CVP bzw. Mitte Fraktion und Mitunterzeichnende der Linken Fraktion den Stadtrat auf, zu berichten, inwiefern das Zentrum um die Albisstrasse aufgewertet werden kann. Soweit so gut. Leider ist die Absicht der Postulanten bei weitem nicht das, was der Titel des Postulats verspricht. Man hätte dieses Postulat auch gleich mit dem Titel, "Adliswil, Einführung Tempo 30 auf Kantonsstrassen" einreichen können. Den Postulanten geht es nämlich um die Reduktion des Verkehrs im Zentrum von Adliswil und eine weitere Behinderung des Individualverkehrs mit Temporeduktion und Strassenschikanen. Es wäre doch auch gegenüber dem Adliswiler Volk respektvoller, die Karten gleich auf den Tisch zu legen. Bis anhin war die Behinderung des motorisierten Individualverkehrs ja eher ein Hobby der Kollegen von SP und Grünen. Offenbar

scheint die CVP nun auch gerne auf diesen Zug aufzuspringen. Tragisch genug. Zudem ist es aber auch tragisch, dass man meint, mit Verkehrsbehinderung und Tempo 30 Adliswil aufzuwerten. Im Sinne der SVP-Fraktion lehnt auch der Stadtrat dieses Postulat ab. Interessanterweise hat jedoch unser Stadtpräsident Farid Zeroual am 20. Januar 2020 zusammen mit Kantonsräten von SP, GLP und Grüne im Kantonsrat ein Postulat mit dem Namen "Lärmsanierung durch Temporeduktionen auf Staatsstrassen" unterzeichnet. Die Erklärung: Zitat "Der Regierungsrat wird aufgefordert, seine Praxis bezüglich Lärmsanierung entsprechend der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichts anzupassen. Es sind sämtliche Abschnitte der Staatsstrassen mit Überschreitung der Immissionsgrenzwerte unter Berücksichtigung der Lärmreduktion durch tiefere zugelassene Höchstgeschwindigkeiten neu zu beurteilen und gegebenenfalls entsprechend zu signalisieren. Insbesondere sind auch die Synergien bezüglich Verbesserung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsablaufs einzubeziehen. Dem Begehren der Gemeinden auf Geschwindigkeitsreduktionen auf Staatsstrassen ist mehr Gewicht beizumessen. Die Strassenlärmsanierungsprogramme sind entsprechend anzupassen" Zitat Ende.

Es stösst nun etwas sauer auf, dass von der gleichen Partei, der CVP, eine solche Forderung im Adliswiler Parlament gestellt wird. Dies hat mit bürgerlicher Politik nichts mehr zu tun. Das ist eine Behinderung des motorisierten Individualverkehrs und hat mit Aufwertung von Adliswil gar nichts zu tun. Fokussieren wir uns doch auf eine wirkliche Aufwertung von Adliswil für die Bevölkerung und das Gewerbe. Wir hatten in Adliswil in den letzten Monaten genug Verkehrsbehinderung durch unzählige Baustellen, welche durch das zuständige Ressort fahrlässig koordiniert wurden und zu viel Stau geführt haben. Hier wäre es dringend notwendig, ein gesamtheitliches Baustellen- und Verkehrskonzept zu schaffen. Das würde nicht nur das Zentrum, sondern die gesamte Verkehrssituation in Adliswil aufwerten. Wie wäre es, liebe Kollegen, wenn wir Adliswil mit einer attraktiven Steuerpolitik aufwerten? Oder mit einer attraktiven Wohnungspolitik? Es wäre doch wirklich, gerade in dieser Zeit, angebracht, dass sich auch die Kollegen aus der CVP mit den wirklichen Herausforderungen in der Stadt Adliswil befassen. Wie z.B. können wir mit der schädlichen Bodeninitiative der Linken umgehen, welche genau das Gegenteil einer Aufwertung von Adliswil ist und die Finanzen der Stadt in Schräglage bringt. Oder dass sich der Stadtrat endlich an die Umsetzung einer Wirtschaftsstrategie macht. Auch hier ist ja die CVP massgeblich daran beteiligt, dies zu verhindern. In diesem Sinne hoffen wir auf Einsicht und lehnen diese Mogelpackung einstimmig ab.

Wolfgang Liedtke (SP)

Das Adliswiler Ortszentrum lädt nicht zum Verweilen ein. Dies wurde bei den Umfragen der SP häufig beklagt und hat mannigfache Gründe. Einer davon ist die stark befahrene Albisstrasse. Sicher, der Verkehr ist zu einem grossen Teil von Adliswilern selbst verursacht, führen doch zu viele Wege, die mit dem Auto in Adliswil zurückgelegt werden, mangels Alternativen über die Albisstrasse. Vor einem Jahrzehnt hatte man sich eine starke Reduktion des Verkehrs auf der Achse Zürichstrasse-Albisstrasse durch die Fertigstellung der A4 im Säuliamt erhofft. Dieser Effekt war aber geringer als erwartet.

Das Postulat von Martin Rüttimann, Anke Würli, Walter Uebersax und Simon Schanz bittet um Prüfung von Massnahmen nach der Aufhebung der provisorischen Bushaltestellen an der Albisstrasse, die geeignet sind, das Ortszentrum aufzuwerten. Der Zeitpunkt ist günstig, könnten doch nach Fertigstellung der Tiefgarage unter

dem Busbahnhof Parkplätze an der Albisstrasse entfallen und so Raum für andere Verkehrsteilnehmer oder für eine ansprechendere Gestaltung des öffentlichen Raums freierwerden. Allgemein ist im Postulat von verkehrlenkenden Änderungen die Rede. Wie wir in der letzten Sitzung gehört haben, wird zurzeit ein Fussgänger- und Velokonzept erstellt. In der Albisstrasse könnte man die Gelegenheit beim Zopf packen und den Strassenraum für den Langsam-Verkehr optimieren. Die Formulierung in der Stellungnahme des Stadtrats, dass es sich um eine Kantonsstrasse handle, sollte keinesfalls zur Annahme verleiten, dem Stadtrat seien für Verbesserungen die Hände gebunden. Das Postulat verweist nämlich auf die Stellungnahme des Regierungsrats auf eine Motion des Kantonsrats (KR 9/2020): In dieser Stellungnahme des Regierungsrats wird die Albisstrasse als eine Strecke aufgeführt, bei welcher die Voraussetzungen für Tempo 30 ohne bauliche Massnahmen vorhanden sind. Es ist also davon auszugehen, dass ein entsprechender Vorstoss des Adliswiler Stadtrats beim Kanton zur Einführung einer Temporeduktion führen wird. Würde der Verkehr durch Tempo 30 auf der Albisstrasse nachhaltig gestört? Ich behaupte nein! Zu den meisten Tageszeiten bewegt sich der Verkehr zwischen Bahnhofbrücke und Wachtbrücke ohnehin kaum schneller. Auch der Busverkehr wäre nicht beeinträchtigt, denn die Busse werden - abgesehen von der Linie 153 - nur kurze Strecken auf der Albisstrasse zurücklegen und dabei kaum auf mehr als 30 Stundenkilometer beschleunigen können.

Zu den positiven Effekten würde vor allem eine Reduktion der Lärmbelastung gehören, denn sie liegt in der Albisstrasse laut Auskunft des Regierungsrats über dem zulässigen Grenzwert. Darüber hinaus würden sich die Gefahren für Fussgänger und Velofahrer reduzieren und den Aufenthalt an der Albisstrasse - nicht zuletzt bei den beiden Cafés mit Aussenbestuhlung - angenehmer machen. Man könnte darüber diskutieren, ob die Temporeduktion nur zwischen Bahnhofbrücke und Wachtbrücke oder aber von der Bahnhofbrücke bis zur Kreuzung mit der Sihltalstrasse eingeführt werden sollte. Bei letzterer Variante würde auch das neu entstehende Zentrum Süd von geringeren Lärmemissionen profitieren und damit aufgewertet werden. Mit diesem Postulat wird der Stadtrat also indirekt auch aufgefordert, über Tempo 30 in der Albisstrasse nachzudenken – das ist jedenfalls die Auffassung der SP-Fraktion - und gegebenenfalls entsprechende Schritte einzuleiten. Allein deshalb sollte die Überweisung unterstützt werden.

Die SP-Fraktion möchte aber noch weitergehen. Wir appellieren an den Stadtrat, sich nicht auf kurz- bis mittelfristige Legislatur- und Richtpläne zu beschränken, sondern den grossen Wurf zu wagen und eine Vision zur Entwicklung des Verkehrs durch das Ortszentrum bis 2050 zu entwerfen. Darin sollte eine Prognose der Verkehrsentwicklung in Adliswil enthalten sein. Es sollten Massnahmen zur Lenkung und Reduktion der Verkehrsbelastung durch PKW, Lieferwagen und LKW analysiert werden. Ist es für ein attraktives Adliswil auch in Zukunft hinnehmbar, dass die Menge an Fahrzeugen, darunter auch Schwerverkehr, der durch unser Ortszentrum fliesst, im jetzigen Umfang bestehen bleibt oder – was wahrscheinlicher ist – weiterwächst? Wie soll das Ortszentrum im Jahr 2050 aussehen? Was soll es der Adliswiler Bevölkerung bieten?

Die SP-Fraktion wird das Postulat unterstützen.

Gabriel Mäder (GLP)

Die inhaltlich doch eher karg ausgefallene Antwort auf das Postulat der CVP ist bei der GLP, um es freundlich auszudrücken, auf grosses Missfallen und Unverständnis gestossen. Eine solch kurze Antwort, von einem Stadtrat, der über 100'000 Franken für eine Projektstudie in Auftrag gibt, wie man aus dem Sood-Quartier Klein-Singapur machen kann, ist unverständlich. Und das, obwohl er in den Legislaturzielen noch aufgeführt haben, dass er ein, ich zitiere "attraktives Stadtzentrum als Begegnungsraum mit hoher Aufenthaltsqualität", schaffen möchte. Und jetzt ist plötzlich die Durchgangsfunktion der Albisstrasse wichtiger als die Lebensqualität der Anwohner.

Die GLP kann sich den Ausführungen der CVP nur anschliessen, aber entgegen der CVP ist Tempo 30 für uns absolut eine Option. Die Ausrede, dass es sich bei der Albisstrasse um eine Kantonsstrasse handelt und die Stadt somit keinen Handlungsspielraum habe, ist einfach nicht korrekt. Den Grund hatten wir Ihnen im Postulat auch gleich mitgeliefert: Am 25. März letzten Jahres hat der Regierungsrat eine Tabelle veröffentlicht, bei der als allererstes der Streckenabschnitt Albisstrasse aufgeführt ist. Und nicht nur aus lärmtechnischen Gründen, sondern aus Gründen des Verkehrs-Ablaufes und der Verkehrs-Sicherheit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wurde eine Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit auf unter 50 km/h als geeignet befunden. Die Albisstrasse erfüllt also die Voraussetzungen für Tempo 30 und das sogar ohne weitere bauliche Massnahmen.

Also sticht hier nicht einmal das Argument der Kosten gegen eine Entschleunigung des Zentrums, um so die Attraktivität zu steigern. Neben der höheren Verkehrssicherheit würde die Temporeduktion natürlich auch die Lärmimmissionen erheblich senken und so den Aufenthalt im Zentrum attraktiver machen. Wie denn sonst, als mit einer Temporeduktion, wollen Sie die Lärmimmissionen senken? Wollen Sie den Verkehr auflösen? Das geht natürlich nicht. In der Stadt Zürich wurde Tempo 30 aus Lärmschutzgründen auf verschiedenen Abschnitten von überkommunalen Strassen umgesetzt und es ist trotzdem nicht zum Verkehrskollaps gekommen. Ich bin sicher, dass auch wir in Adliswil es überleben werden, wenn die Fahrt von einem Kreisel zum anderen maximal zehn Sekunden länger dauert.

Lieber Stadtrat, was wollen Sie noch mehr? Sie halten alle Trümpfe in der Hand, damit das Zentrum von Adliswil endlich aufgewertet werden kann und das Gewerbe wieder einen Anreiz hat, sich dort einzumieten und man gerne im Zentrum flanieren geht. Aber Sie müssen es in Angriff nehmen, der Kanton wird nicht auf Sie zukommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte überweisen Sie das Postulat.

Marianne Oswald (GP)

Unsere Stadt ist schön gelegen mit der Sihl, die mitten durchfliesst, doch Adliswil macht zu wenig aus seinem Zentrum, diese Lage kommt nicht zur Geltung. Von der Sihl bekommt man nicht viel mit, der dominante Fluss ist jener des motorisierten Verkehrs. Dieser Verkehr bringt Lärm, Abgase und Feinstaubbelastung, das schleckt keine Geiss weg. Lärm, Abgase und Feinstaubbelastung verringern die Aufenthaltsqualität im Zentrum und schaden auch der Gesundheit.

Der Verkehr wird übrigens teilweise sogar noch künstlich verstärkt, ist sozusagen hausgemacht, weil z.B. Autofahrende, die von Langnau herkommen und ins Migros-Parkhaus wollen, nicht direkt links abbiegen dürfen. So sind sie gezwungen, an der

Migros vorbei zu fahren, beim Bahnhofs-Kreisel zu wenden und diese Strecke wieder zurück zu fahren, sie durchfahren das Zentrum also zweimal, obwohl es gar nicht nötig wäre. Auch verhindern Parkplätze mehr Platz für Fussgängerinnen und Fussgänger.

Das Postulat fordert, dass sich der Stadtrat für eine bessere Aufenthaltsqualität im Zentrum einsetzt und der Fuss- und Langsam-Verkehr mehr Raum bekommt. Da wäre zum Beispiel wieder ein schöner, breiter Velostreifen denkbar. Eine Temporeduktion auf der Albisstrasse zwischen Wacht- und Bahnhofskeisel ist eine Möglichkeit, die es zumindest zu prüfen gilt. Aber es geht eben nicht nur um diese, sondern wir müssen das Verkehrsregime ganz allgemein anschauen: brauchen wir Parkplätze (wir haben bald ein riesiges Parkhaus und Parkplätze beim Busbahnhof), brauchen wir Velostreifen, Abbiegeverbote, was ist nötig und was nicht. Einmal mehr zeigt sich da übrigens ganz nebenbei, dass ein Gesamtverkehrskonzept eigentlich doch eine sinnvolle Sache wäre.

Dass der Stadtrat nicht auf das sehr berechtigte Anliegen des Postulats eingehen möchte, ist sehr bedauerlich und auch unverständlich. Lieber Stadtrat, dass das Zentrum aufgewertet wird, ist ein Wunsch, der vielen Einwohnerinnen und Einwohnern am Herzen liegt. Es ist nicht einfach ein Floh von einigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten.

Wir erwarten da mehr Einsatz und stimmen für die Überweisung des Postulats.

Walter Uebersax (CVP)

Mein Ziel ist es nicht, eine Tempo 30-Zone durch das Zentrum zu führen. Nicht meines und auch nicht das der Mitunterzeichner des Postulats. Uns geht es darum, dass man die Situation, wie sich heute darstellt, nutzt, die Leute abholt und schaut, was haben sie für Bedürfnisse. Man hat Bänke aufgestellt: plötzlich sind sie besetzt; man hat Parkplätze gesperrt: plötzlich sind Terrassen grösser geworden. Leider kann man sie jetzt nicht mehr nutzen, aber das sind Ziele, die ich eigentlich anstrebe. Könnt Ihr Euch erinnern, es fing an, als Bernie die Kreisel verschönern wollte. Das sind richtige Ansätze, solche erwarte ich eigentlich. Ich möchte kein komplettes Regime machen, auch nicht hunderttausende von Franken ausgeben um das Stadtzentrum komplett umzubauen, sondern ich möchte es attraktiver machen. Jetzt hätten wir wirklich die Gelegenheit dazu. Und wenn es unbedingt gewünscht wird, platzieren wir auch noch ein "Poser-Kafi" irgendwo, damit man dort sitzen und den Autos zuschauen kann. Wäre doch eine Idee oder? In dem Sinne: probieren wir's doch einfach!

Pascal Engel (EVP)

Wir haben jetzt schon ein paar Voten gehört. Ich möchte zuerst festhalten, dass es vielleicht doch recht unterschiedliche Vorstellungen gibt zwischen den Erstunterzeichnern und Mitunterzeichner. Was die allgemeine Stossrichtung für das Zentrum betrifft, kann ich meinen Vorgänger, Theo Meier, welcher eine Neigung zum Kabarettistischen hatte, zitieren. Er hatte sich auch über den Bruggeplatz mokiert, auf welchem es nicht mehr als ein paar Tauben habe und über die Albisstrasse, welche mit dem Migros-Gebäude auch nicht gerade eine Augenweide sei, wie auch die sogenannten Patrizierhäuser gegenüber nicht. Das war wohl an der Präsidentschaftsfeier von Hanspeter Clesle, welche wir in guter Erinnerung haben.

Das Postulat ist nicht sehr konkret und vielleicht noch etwas unausgereift. Ob der gewünschte Effekt erzielt werden kann, ist fraglich. Ich möchte auch noch kurz auf die Tempo-Reduktion zu sprechen kommen, weil das das Einzige ist, was konkret auf dem Tisch liegt. Wie der Stadtrat steht auch unsere Fraktion einer Temporeduktion kritisch gegenüber, weil wir im Zentrumsbereich eigentlich nicht gross Transitverkehr haben, sondern "hausgemachten Verkehr", grösstenteils aus Adliswil und teilweise aus Langnau. Die effektiv gefahrene Geschwindigkeit liegt tagsüber unter 30 km/h. Somit ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung eigentlich keine bindende Restriktion. Ich habe ausserdem festgestellt, dass das Navigations-System die Nord/Süd-Verbindungen eigentlich über die Sihltalstrasse anzeigt. Wenn ich also von Sood/Oberleimbach auf die andere Seite von Adliswil gelangen möchte, zum Beispiel Büchel/Wilacker oder Sihlau/Buttenau, führt der Weg über die Sihltalstrasse. Also alle, die aufs Navi schauen, umfahren heute schon das Zentrum.

Der frühere Bauvorstand Patrick Stutz hatte einmal die Idee eines Kreisels, um die Sihltalstrasse auf Höhe Poststrasse zu unterbrechen. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, den Verkehr von der Zürichstrasse vorzeitig auf die Sihltalstrasse zu lenken. Ich habe hier die Verkehrsdaten von Adliswil aus einer Konzeptstudie – herzlichen Dank an Susy Senn. Es ist die Zürichstrasse, die mit knapp 12'000 Autos pro Tag kräftig zu Buche schlägt. Gut ein Viertel durchfährt die Kronenstrasse auf der anderen Seite der Sihl. Doch man darf davon ausgehen, dass, wenn man den Verkehr an der Albisstrasse im Zentrum durch welche Massnahmen auch immer, ohne einen Kreisel, wie von Patrick Stutz erwähnt, beruhigt, er sich zu einem grösseren Teil auf die Kronenstrasse verlagern wird. Dies ist wahrscheinlich auch nicht im Sinne dieses Vorstosses. Darum denke ich, dass ein grösserer Wurf nötig ist, um dem Ziel näher zu kommen. Man kann nicht einfach nur an der Albisstrasse im Zentrum etwas "doktern".

Gabriel Mäder (GLP)

Lieber Pascal, ich verstehe nicht, warum Ihr Euch gegen Tempo 30 wehrt, wenn man diesen Streckenabschnitt sowieso nicht schneller durchfahren kann. Unsere Forderung ist ja nur, dass man auf dieser Strecke nicht zwischendurch auf 50 beschleunigt und dann wieder herunterbremst. Denn genau darum geht es ja bei der Lärmreduktion. Die Geschwindigkeit würde also gleichbleiben, einfach mit dem Unterschied, dass man gleichmässig durchfährt anstatt "hü-hott". Aber vielleicht kannst Du es mir erklären.

Ratspräsident Sebastian Huber

Abstimmung

Der Rat lehnt das Postulat mit 18 Stimmen zu 16 Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 22.44 Uhr

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the bottom.

Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin

Aufgrund der Sitzungsdauer bewilligt der Ratspräsident, gestützt auf Art. 4 Ziffer 4
EnschE, ein zusätzliches Sitzungsgeld.